

# ausreißer & LAMA

GRAZOTOPIA

#98 | 2021

ISSN 2518-3583 // Foto: Lena Prehal // Grafikdesign: Christina Blümel



## ENERGIE | BODEN

Eine Sonderausgabe des *ausreißer* – Die Wandzeitung  
in Kooperation mit LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin

GRAZ  
UNSER  
KULTURJAHR  
2020

# EDITORIAL

Die vorliegende Kooperationsausgabe des *ausreißer* – die Wandzeitung und LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin erscheint im Rahmen des Projekts Grazotopia und ist das letzte von zwei Themenheften, die zusammen einen kleinen „kritischen Atlas“ der Stadt Graz darstellen. Während das erste Heft dem Wohnen gewidmet war, befasst sich die vorliegende Ausgabe mit Energie und Boden(politik).

## Energie

Kaffee kochen, Handy aufladen, mit der Straßenbahn fahren, es im Winter warm haben – all das ist nur durch komplexe Infrastrukturen möglich. Aber woher kommen eigentlich Strom und Wärme in die Grazer Haushalte und Betriebe? Wem gehören die Leitungen sowie der Strom, das Gas und die Wärme, die darin fließen? Welche Teile der Infrastruktur sind in öffentlicher und welche in privater Hand? Und welche Folgen hat ein Handeln im Profitinteresse für die Gesellschaft und unsere Umwelt? Welche alternativen und vielleicht utopischen Konzepte sind möglich?

Diesen und weiteren Fragen rund um das Thema Energie ging das Grazotopia-Forschungsteam (Carlotta Bonura, Adina Camhy, Ana Jeinić und Bettina Landl) nach, besichtigte relevante Anlagen, prüfte Statistiken und durchforstete Archive, befragte zahlreiche Expert\*innen, Politiker\*innen, Vertreter\*innen von Energieunternehmen und Umweltaktivist\*innen. In stark komprimierter Form werden nun die Ergebnisse dieser Forschungstätigkeiten im vorliegenden Heft präsentiert.

Aufgrund der Breite und Komplexität des Themenfeldes musste vieles ausgespart werden. Im Zusammenhang mit dem vorhandenen Wissen fielen einige „Lücken“ ins Auge. Wir hoffen, mit den vorliegenden Ergebnissen zukünftige Forschungstätigkeiten anzuregen, sodass diese Lücken, die für den Entwicklungsprozess der Grazer Energiepolitik von besonderer Relevanz sind, in absehbarer Zeit geschlossen werden.

Während sich zivilgesellschaftliche Akteur\*innen und politische Gruppierungen in der Stadt für die ökologischen Konsequenzen der Energiewirtschaft interessieren, wird der Frage nach den Eigentumsverhältnissen wesentlich weniger Beachtung geschenkt. Obwohl sich dieser Mangel an Aufmerksamkeit zum Teil dadurch rechtfertigen lässt, dass die Energiebranche schon seit Jahrzehnten von großen Unternehmen in öffentlicher Hand dominiert wird, könnte sich dieser Umstand in Zukunft gerade durch die Umstellung auf erneuerbare Energien und die damit verbundene Dezentralisierung der Energieversorgung ändern. Die Energiewirtschaft nicht nur umweltfreundlich, sondern auch demokratisch und egalitär zu gestalten, erscheint daher als eine bedeutende politische Aufgabe, die die Frage nach geeigneten alternativen Eigentums- und Partizipationsformen sowie nach sozialer (Un)Gleichheit nicht außer Acht lassen kann.

Eine weitere und oft vernachlässigte Frage betrifft die Eingebundenheit lokaler Energieversorgung in globale infrastrukturelle, kommerzielle, rechtliche, ökologische und damit auch politische Systeme. Aufgrund dieser Verschränkungen ist jede Energiepolitik, die dem „Nicht in meinem Hinterhof“-Prinzip folgt und ausschließlich auf lokaler Ebene agiert, problematisch. Stattdessen sollten – auch bei den scheinbar lokalen Angelegenheiten – globale Richtlinien, Verträge, Lobbys, Geschäfte und damit Abhängigkeiten sowie soziale und ökologische Folgen immer mitdiskutiert werden. Um das auch auf breiter gesellschaftlicher Ebene verhandeln zu können, müs-

te zuerst das bereits vorhandene Wissen rund um das Thema Energie in eine verständliche Form gebracht, zugänglich und damit demokratisiert werden. Dazu möchte Grazotopia beitragen.

## Boden(politik)

Unser Leben spielt sich größtenteils auf dem Boden ab, auf dem wir wohnen, gehen, fahren oder verweilen. Dieser kann bebaut, versiegelt, bewirtschaftet oder wild bewachsen sein – und nicht immer darf er auch betreten werden. Der Umgang mit Grund und Boden hat große Auswirkungen auf Klima, Gesellschaft und den Lebensraum zukünftiger Generationen. Wem aber gehören Grund und Boden und wie wird entschieden, was darauf passiert?

Seit der Etablierung der kapitalistischen Wirtschaftsform und der für diese charakteristischen Eigentumsverhältnisse kann Boden, wie jede andere Ware, besessen und gehandelt werden. Besonders begehrt und entsprechend kostspielig wird der Boden in wachsenden urbanen Zentren, was ihn zu einem bevorzugten Spekulationsobjekt macht. Welche politischen Maßnahmen sind nötig, um Boden als wertvolle und begrenzte Ressource dauerhaft zu schützen und seine Verwendung als spekulative Anlage einzugrenzen? Sollte (städtischer) Boden als Gemeingut betrachtet und behandelt werden?

Der dritte und damit letzte Forschungsschwerpunkt im Rahmen des Projekts Grazotopia widmet sich dem Themenkomplex Grundeigentum und Bodenpolitik. Auch bei den Recherchen zu Boden(politik) handelt es sich um eine erste Annäherung. Die größten Schwierigkeiten in der Forschung traten bei dem Versuch zutage, die Eigentümer\*innenstrukturen in Graz zu ermitteln und diese transparent zu machen. Der Mangel an leicht zugänglichen und übersichtlichen Daten sowie das Fehlen von wissenschaftlichen Studien zu diesem Thema stellt zweifelsohne ein Defizit dar, das Auswirkungen auf die emanzipatorische politische Praxis (in) der Stadt hat. Andere Aspekte der Bodenpolitik sind in Graz wesentlich stärker repräsentiert. So haben z.B. zahlreiche Studien und das weit verbreitete kritische Bewusstsein im Hinblick auf die zunehmende Kommerzialisierung öffentlicher Räume sowie die fortschreitende Versiegelung des ökologisch bedeutsamen (städtischen) Bodens einige politisch relevante (und teils sehr erfolgreiche) Initiativen und Proteste in der Stadt anregen können. Eine vergleichbare Beschäftigung mit Themen rund um die Verteilung des Grundeigentums, inklusive fragwürdiger Geschäftemacherei, könnte impulsgebend sein für politische Aktionen, die sich für ein Ende der Bodenspekulation und gegen steigende Bodenpreise stark machen. Darüber hinaus müssten durch ein intensiveres, über die Stadt Graz hinausreichendes Engagement auf diesem Gebiet auch Richtlinien und Gesetze verhandelt werden, die die Pflichten und Rechte der Bodeneigentümer\*innen zugunsten des Gemeinwohls neu definieren. Die hier vorliegenden Forschungsergebnisse zu diesem Thema lassen sich auch als ein Appell lesen, der eine intensivere Auseinandersetzung und mehr Aktivismus im Zusammenhang mit bodenpolitischen Themen fordert.

An dieser Stelle möchten wir all jenen Menschen danken, die uns an ihrem Wissen teilhaben ließen, mit denen wir im Rahmen der Forschung Gespräche geführt und die uns in verschiedenster Form in unserem Vorhaben unterstützt haben. Aus Platzgründen können wir hier nur einen Einblick in einige wenige der Gespräche geben.

# MEHR POLITISCHE STEUERUNG IN DER ENERGIEPOLITIK!

Thomas Lampesberger (politischer Referent im Büro der Grünen Umweltstadträtin Judith Schwentner) im Gespräch über den Ausbau der Fernwärmeversorgung in Graz, Eigentumsverhältnisse und die Teilprivatisierung öffentlicher Energiebetriebe.

*Mit welchen Themen beschäftigen Sie sich?*

Ich habe eine Bindegliedfunktion zwischen Umweltamt, Politik, Energieversorger und der Öffentlichkeit. Die Themenfelder reichen von Energiearmut über Energiesparen bis Wärmeversorgung – wobei Fernwärme im Großraum Graz eines meiner Hauptthemen ist. Zudem realisieren wir auch Projekte in Schulen und es kommen auch Menschen vorbei, die die Energierechnung nicht mehr zahlen können.

*Welche Bedeutung hat der Fernwärmeausbau für Graz?*

Fernwärme hat einen positiven Einfluss auf die Luft, weil dadurch die Emissionen im Stadtraum reduziert werden. Zudem ist Fernwärme nicht an die Primärenergiepreise gekoppelt – somit sind Endverbraucher\*innen nicht von schwankenden Preisen betroffen.

Um den Alternativenergieanteil zu steigern, versuchen wir Fernwärme durch verschiedene dezentrale Wärmeeinspeisungsquellen zusammensetzen. Der Alternativenergieanteil inkl. Abwärme beträgt heute ca. 30% und soll bis 2050 auf 100% steigen. Abwärme wird z.B. von der Sappi Papierfabrik oder von Magna eingespeist.

*In Mellach wurde von 1986-2020 ca. 80% der gesamten in Graz benötigten Fernwärme erzeugt. Warum forcierte die Stadt eine Dezentralisierung der Fernwärmeversorgung?*

In Mellach befinden sich verschiedene Kraftwerke: ein Kohlekraftwerk, das 2020 abgestellt wurde, sowie ein Gas- und Dampfkraftwerk, ein sogenanntes GuD-Kraftwerk, das primär zur Stromproduktion gebaut wurde, aber auch Wärme liefern kann.



Gas- und Dampfkraftwerk Mellach (CC BY-SA 4.0) Clemens Stockner

Der Strom, der im GuD-Kraftwerk Mellach produziert wird, wird größtenteils zur Strommarktstützung in Deutschland verwendet, um Stromspitzen auszugleichen. Das Stromnetz ist als europaweites bzw. sogar weltweites Netz zu sehen, in das verschiedene Stromquellen eingespeist werden. Auf der Strommarktbörse kann Strom ex- oder importiert werden. Wenn ein Kraftwerk ausfällt, gibt es Optionen den Strom woanders herzubekommen. Bei der Wärmeversorgung in Graz ist das anders: Wenn keine Wärme mehr fließt, sind die Wohnungen kalt – das ist sofort spürbar.

Im Jahr 2013 trat der Verbund, der die Kraftwerke in Mellach betreibt, an die Stadt heran: Der Betrieb von Mellach sei unwirtschaftlich. In Deutschland hat man zuvor versucht den Strommarkt auf erneuerbare Energien umzustellen. Die Folge war ein Einbruch des Strommarkts. Der Strompreis ist in den Keller gefallen, wodurch sich Gaskraftwerke immer weniger rechnet. Der Verbund – größtenteils im Eigentum der Republik Österreich – hatte mit Steuergeld ein neues Kraftwerk in Mellach gebaut [Inbetriebnahme 2011] und musste nach wenigen Jahren feststellen, dass es unwirtschaftlich geworden war. Inzwischen hat sich der Strommarkt wieder stabilisiert.

Im Jahr 2013 wollte der Verbund aus wirtschaftlichen Gründen keine Wärme mehr nach Graz liefern. Es gab damals einen politischen Notstand. Wir haben sehr schnell reagiert, um dezentrale Einspeiser zu bekommen und nicht mehr von einer Stelle abhängig zu sein.

Es ist wichtig, dass Graz sich für die Zukunft bei der Strom- und Wärmeversorgung dezentral aufstellt. Der Dezentralisierungsprozess ist ein Trend, der sich in Europa verbreitet. Es kommen Delegationen aus Hamburg, Straßburg oder Sarajevo nach Graz, um zu schauen, was wir hier machen.

**Es ist wichtig, dass Graz sich für die Zukunft bei der Strom- und Wärmeversorgung dezentral aufstellt.**

*Wem gehört die Infrastruktur und die Wärme, die durch die Leitungen fließt?*

Der Verbund produziert die Wärme in Mellach. Die Leitung von Mellach nach Graz ist im Eigentum der Energie Steiermark und die Wärme und das Fernwärmenetz in Graz gehört der Energie Graz. Das sind drei Unternehmen, die miteinander Wärme- und Lieferverträge abgeschlossen haben.

Das Leitungsnetz, ob Fernwärme oder Strom, wird vom jeweiligen Betreiber errichtet. Bei der Fernwärme und großteils auch beim Stromnetz ist das in Graz die Energie Graz. Es gibt einige kleinere Stromlieferanten wie z.B. das E-Werk Franz in Gösting. Zum größten Teil investieren Unternehmen mit einem gewissen Eigentumsverhältnis in die Netze. Durch Gebühren wird ein Anteil in Instandhaltung und Ausbau investiert. Die öffentliche Hand investiert in ein Netz, das einem Unternehmen gehört, aber von der Allgemeinheit genutzt wird und für die Daseinsvorsorge wichtig ist.

*Wie setzen sich Eigentumsstrukturen der Energieversorger zusammen?*

Es ist eine Mischform, da sich einerseits die öffentliche Hand, aber mittlerweile auch Private beteiligen. Die Energie Graz ist im Eigentum der Holding Graz (51%) und der Energie Steiermark (49%), wobei die Holding Graz auch eine Tochtergesellschaft der Stadt ist. 75% der Energie Steiermark gehören dem Land Steiermark und 25% der SEU Holding in Luxemburg – einer Tochter der Macquarie Group – eines australischen Konzerns. Bei der Energie Steiermark war es damals eine politische Entscheidung zwischen den Regierenden SPÖ und ÖVP Voves und Schützenhöfer 25,1% zu verkaufen, damit das Land eine Einnahme hat.

Welche Probleme bringen Teilprivatisierungen wie z.B. der Energie Steiermark mit sich?

Als ein Negativbeispiel fällt mir Großbritannien ein. Bei der Liberalisierung unter Margaret Thatcher, die das Eisenbahnnetz privatisiert hat, haben die privaten Betreiber bei Instandhaltung und Ausbau des Schienennetzes eingespart. Mit dem Argument der Wirtschaftlichkeit haben sie Bahnstrecken gestrichen – Regionen wurden nicht mehr angefahren. Die öffentliche Hand hatte es nicht mehr unter Kontrolle.

Das ist eine Diskussion über Verstaatlichung und Liberalismus. Ich sehe das so, dass zumindest Aufgaben der öffentlichen Hand und der Daseinsvorsorge staatlich geregelt sein sollten.

**Bei der Liberalisierung unter Margaret Thatcher, die das Eisenbahnnetz privatisiert hat, haben die privaten Betreiber bei Instandhaltung und Ausbau des Schienennetzes eingespart.**

Welche Verbesserungen betreffend Energie in Graz wären nötig?

Im Bereich der Energiepolitik sehe ich persönlich, dass mehr politische Steuerung effizienter und zielführender wäre, als eine Energiepolitik, die momentan größtenteils von den Energieunternehmen selbst gemacht wird. Ein Unternehmen muss wirtschaftlich arbeiten und versucht Profit einzufahren – teilweise sind wirtschaftliche Aspekte wichtiger als ökologische. Im Bereich der Energieeffizienz und der Energieeinsparung würde ich mir wünschen, dass wir mehr gegensteuern.

**Im Bereich der Energiepolitik sehe ich persönlich, dass mehr politische Steuerung effizienter und zielführender wäre, als eine Energiepolitik, die momentan größtenteils von den Energieunternehmen selbst gemacht wird.**

Welche Handlungsspielräume hat die Stadt?

Die Handlungsspielräume sind beschränkt, aber es gibt politische Steuerungsmöglichkeiten, um Wärme oder Strom sauberer und preisgestützter zu gestalten. Die öffentliche Hand unterhält Beteiligungen – über den Aufsichtsrat können Vorgaben an das Unternehmen gerichtet werden.

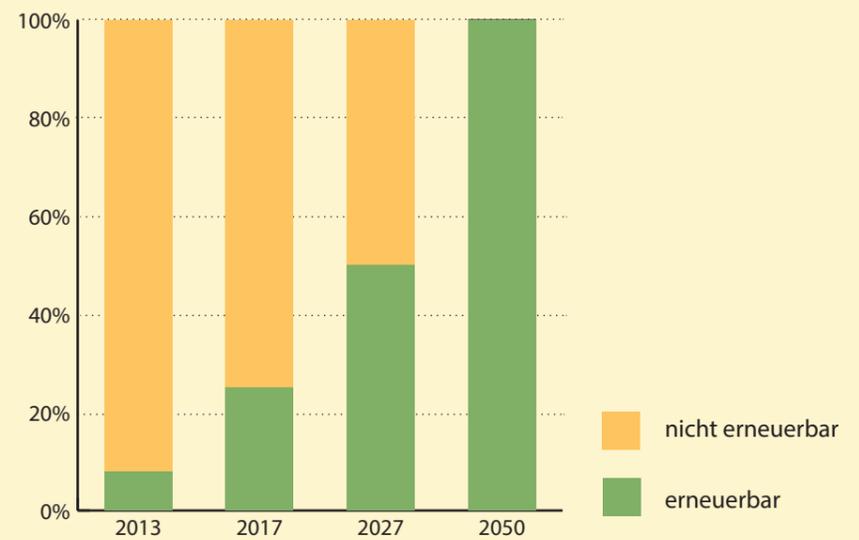
2013 gab es einen Stadtsenatsbeschluss, bei dem fünf Punkte beschlossen wurden: 1. Gewährleistung der Versorgungssicherheit und -qualität, 2. keine Verschlechterung bei den spezifischen Emissionen, 3. Preisregulierung der Fernwärme, 4. Berücksichtigung der Immissionen und 5. keine Verschlechterung beim Primärenergiefaktor. Der Beschluss wurde in Form von Vorgaben des Aufsichtsrats in die Unternehmen getragen. Dadurch war es z.B. nicht mehr möglich Atomstrom zu kaufen.

Welche Ideen kommen Ihnen für Graz in den Sinn?

Eine Vision für die nächsten Jahre wäre eine umweltfreundlichere Wärme- und Stromversorgung – Stichwort Klimawandel und Luftsituation in Graz.

[Interview: Adina Camhy, Transkription: Carlotta Bonura]

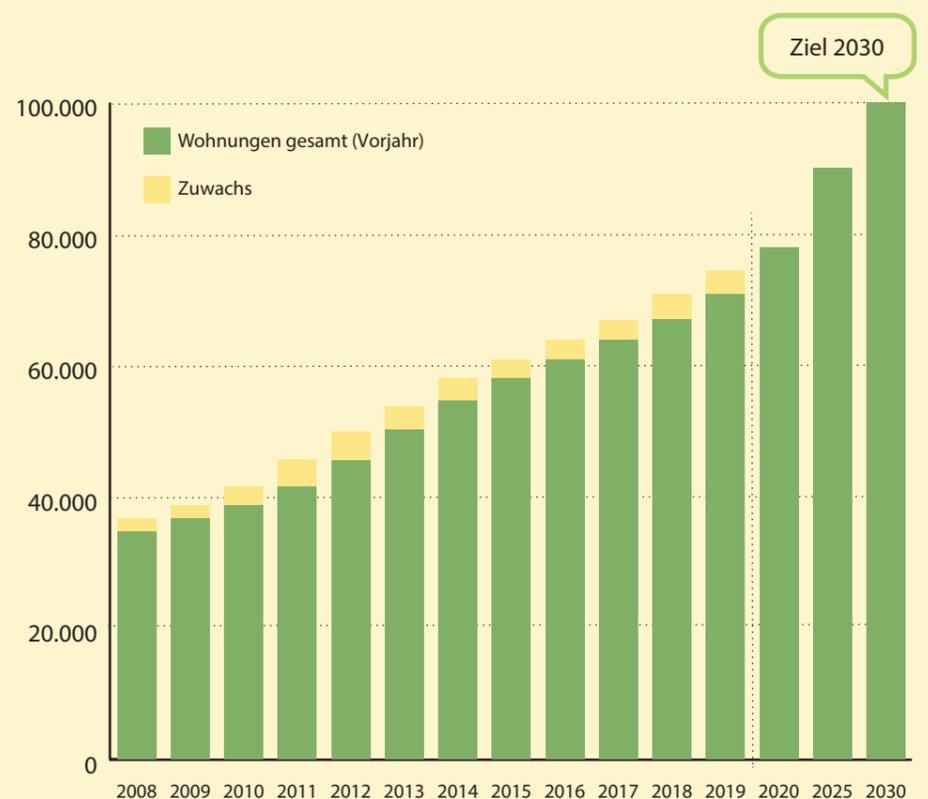
## ZUKUNFTSPLÄNE FÜR FERNWÄRME AUS ERNEUERBAREN QUELLEN (GRAZ)



Ziele des Projekts Wärmeversorgung Graz 2020/2030. Anteil erneuerbarer Quellen in der Wärmeaufbringung des Grazer Fernwärmenetzes

Quelle: „ENERGIEMASTERPLAN GRAZ. Aktionsplan für nachhaltige Energie Graz“, Zwischenbericht 2018, Stadt Graz Umweltamt

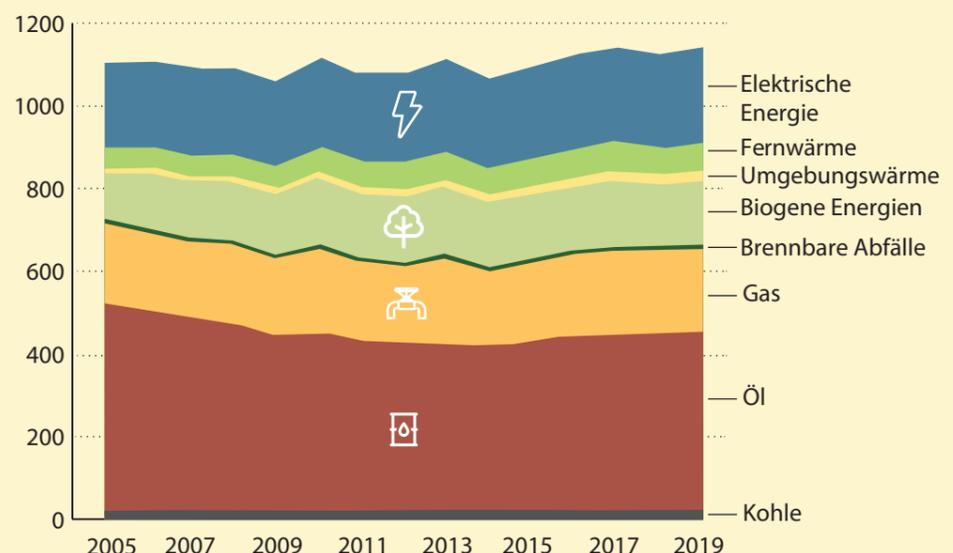
## ZUKUNFTSPLÄNE FERNWÄRMEAUSBAU WOHNUNGEN (GRAZ)



Zuwachs fernwärmeversorgter Haushalte in Graz (Energie Graz)

Quelle: „Wärmeversorgung Graz 2020/2030. Wärmebereitstellung für die fernwärmeversorgten Objekte im Großraum Graz. Statusbericht 2019“  
Herausgeber/Medieninhaber: Grazer Energieagentur Ges.m.b.H

## ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH (ÖSTERREICH)



Energetischer Endverbrauch nach Energieträgern in Petajoule 2005 – 2019

Quelle: „Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten“ 2020, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)

# EINE ALLIANZ MIT DER SONNE

Roland Seepacher (Obmann und Geschäftsführer von MdS - Mit der Sonne eGen) im Gespräch über die erste Photovoltaikbetreiber\*innengenossenschaft in Österreich, eine nachhaltige Energiezukunft und die Funktionsweise von Stromflüssen.

*Wie kam die Idee gemeinsam mit anderen Strom zu produzieren?*

Es gab um das Jahr 2010 bereits in Deutschland Photovoltaikgenossenschaften und auch ich wollte mich im Bereich Stromerzeugung engagieren – gemeinsam mit anderen. Das Modell Genossenschaft hat mir gefallen. Ich habe dann begonnen dieses Projekt zu formulieren, es folgten viele Gespräche u.a. mit dem Bürgermeister von Judendorf-Straßengel und verschiedenen Institutionen vor Ort. 2012 wurde schließlich die Genossenschaft gegründet. Es war nicht einfach, aber (große) Steine wurden uns nicht in den Weg gelegt. Das kleinste Problem war die Finanzierung, denn es gab viele Interessierte, aber das Gegenargument war stets die Wirtschaftlichkeit eines solchen Projekts, denn eine Genossenschaft ist ein Zusammenschluss von Personen, deren Ziel die wirtschaftliche bzw. soziale Förderung ihrer Mitglieder durch einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb ist. Aber wir waren fest entschlossen, unsere Energieversorgung unter Beteiligung der ansässigen Bevölkerung mittels der Errichtung und dem Betrieb von PV-Kraftwerken auf öffentlichen Gebäuden mitzugestalten. Das erforderte einen großen Planungsaufwand und Zeit. Aktuell besteht die MdS aus 53 aktiven Mitgliedern mit durchschnittlich fünf Geschäftsanteilen zu je 200 Euro. Neben Anrainer\*innen haben sich auch die Gemeinde Gratwein–Straßengel und die Freiwillige Feuerwehr an der Genossenschaft beteiligt.

Es gab ein gutes Fördermodell der OeMAG [2006 in Österreich als Abwicklungsstelle für Ökostrom eingerichtet] für Anlagen unter 20 kWp [Kilowatt-Peak] Spitzenleistung. Mit dieser auf 13 Jahre befristeten Förderung konnten wir unsere erste PV-Anlage, bestehend aus 85 Modulen auf einer Fläche von 137 m<sup>2</sup>, auf dem Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr in Judendorf-Straßengel installieren und in Betrieb nehmen. Durchschnittlich werden damit 21.000 kWh pro Jahr produziert. Das entspricht einer Versorgung von ca. 10 Haushalten. Wartungsarbeiten sind bei PV-Anlagen fast keine notwendig, kontrolliert wird mittels App.

*Wohin fließt euer Strom?*

Der produzierte Strom wird ins Netz eingespeist. Mittlerweile haben wir drei solcher Einspeiseanlagen in Betrieb. Nach der ersten 2012 errichteten wir 2017 eine zweite in Semriach [Standort: Tennishalle] und 2018 die dritte Anlage in Hörgas [Standort: Privater Stadel].

## **Wir hängen alle an einem Stromstrang.**

Die beiden Folgeprojekte waren deutlich einfacher und günstiger umzusetzen, finanziert wurde mit vorhandenem Kapital aus den vorher realisierten Projekten. Wir haben zwar mit einer Firma zusammengearbeitet, aber aufgrund der Tatsache, dass es einige (Elektro)Techniker in der Genossenschaft gibt, auch vieles selbst übernommen. Dadurch konnten wir die Anlagen natürlich noch wirtschaftlicher machen. Für den Strom, der produziert und ins Netz eingespeist wird, bekommt die MdS eine Vergütung. Bisher haben wir dieses Geld in neue Anlagen investiert. Bei PV-Anlagen kann man aber schon mit relativ geringem Kapital viel machen. Natürlich geht es darum, Gewinn(e) zu erwirtschaften, um diese(n) dann an die Mitglieder auszu-

schütten. Wir haben die Genossenschaft nicht expandiert, weil der Bedarf nicht da war. Wir konnten uns alle mit den vorhandenen Ressourcen versorgen und das Projekt am Leben halten. Es hat eine gute Größe. Der Durchschnittsverbrauch eines Einfamilienhauses liegt bei knapp 4000 kWh im Jahr. Wir können rechnerisch knapp 25 davon versorgen. Im Vergleich liegt der Bedarf bei Wohnungen Größenbedingt zwischen 1000 und 2000 kWh. Wir sind nicht als Energielieferanten gelistet, sondern (ein kleiner) Teil des angebotenen Strommixes. Wir liefern unseren Strom an die OeMAG und diese verwertet ihn. Wir hängen alle an einem Stromstrang.

*Wie organisiert ihr euch genossenschaftlich?*

Es findet jährlich eine Generalversammlung statt und wir diskutieren, was (noch) möglich ist, aber es wird immer schwieriger ein geeignetes Dach zu finden. Im Großen und Ganzen ist unser Plan bereits aufgegangen. Wir wollten das Projekt überschaubar halten, auch aufgrund der begrenzten Zeiteresourcen. Darüber hinaus werden die Förderungen geringer, was den sinkenden Anlagepreisen geschuldet ist. Diese haben sich mittlerweile mehr als halbiert. Ich besitze beispielsweise auch eine private Anlage, die damals [2009] noch von Bund, Land und Gemeinde subventioniert wurde. Aber man kann Anlagen auch ohne Förderung wirtschaftlich betreiben, insbesondere wenn man den Strom selbst verbraucht. Je mehr man selbst verbraucht, umso wirtschaftlicher ist es.

## **Wenn man mit seinem selbst produzierten Strom über einen Tag kommt, ist das schon etwas Gutes.**

*Gibt es ähnliche Projekte rund um Graz und in der Steiermark?*

Nachahmer\*innen in dem Sinne gab und gibt es wenige. Jetzt übernehmen die Energiekonzerne. Seit 2016 versorgen sie die Verbraucher\*innen auch verstärkt via PV-Anlagen. Für mich ist es interessant(er,) kleine Anlagen zu bauen [vgl. Photovoltaik-Park in Voitsberg]. Ich bin auch mit meiner privaten PV-Anlage sehr zufrieden. Wenn man mit seinem selbst produzierten Strom über einen Tag kommt, ist das schon etwas Gutes.. Stichwort: Stromsicherheit! Strom lässt sich zwar speichern, aber nicht ganzjährig. Es gibt keine saisonalen Speicher. Entweder ist man angeschlossen oder man passt seinen Verbrauch an. Ansonsten benötigt man ein System [Generator], um zusätzlich Strom zu erzeugen. Aber da wird es dann im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit problematisch. Es gibt mittlerweile sogar sogenannte Balkonkraftwerke, die aus 1 bis 2 Modulen bestehen, mit denen man knapp 500 kWh erzeugt. Damit ist eine Grundlastabdeckung gesichert, aber diese Elemente kosten im Vergleich zu Großanlagen mehr.

Gestern habe ich beispielsweise knapp 16 kWh erzeugt und 9 kWh verbraucht, der Rest ging ins Netz, also das passt relativ gut: ungefähr 11 kWh am Tag über 365 Tage ergibt knapp 4000 kWh, die benötigt werden. Das entspricht den offiziellen Durchschnittswerten. Mit einer App kann man das Vorgehen genau beobachten und gegebenenfalls seinen Verbrauch anpassen. Nicht gegen, sondern mit dem Strom.

[Interview und Transkription: Bettina Landl]

# ENERGIE ALS DASEINSVORSORGE

Michael Torner (lehrt an der FH Technikum Wien erneuerbare Energietechnologien, Mitglied von KlimAttac) im Gespräch über Photovoltaik- und Windkraftwerke aus sozialer Perspektive und wie ein Umstieg auf Erneuerbare tatsächlich gelingen kann.

*Was sind Ihre Aufgaben bei Attac in Bezug auf das Thema Energie?*

Im Zuge der Pariser Klimakonferenz 2015 wurde die Gruppe KlimAttac gegründet, die sich mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aspekten der Klimakrise auseinandersetzt. Wir haben das Positionspapier „Energiedemokratie“ formuliert, in dem unsere Schwerpunkte festgeschrieben sind: 1. Dekarbonisierung des Energiesystems – weg von fossilen und Umstieg zu den erneuerbaren Energien; 2. Reduktion des Energieverbrauchs – Mitbestimmung in Wirtschafts- und Energiepolitik; 3. Leistbare Energie für alle. Attac ist eine Bewegung, die globalisierungskritisch „das gute Leben für alle“ im Blick hat.

*Was steckt hinter dem Begriff „Energiedemokratie“?*

Die derzeitige Struktur der Energieversorgung basiert hauptsächlich auf zentraler fossiler Energieerzeugung, bei der vorrangig große Kraftwerke die Produktion übernehmen. Hier können sich Bürger\*innen im Grunde nicht beteiligen, da es sich um enorme Finanzbeträge und wirtschaftspolitische Machtverhältnisse handelt. Aus Umwelt- und Klimaschutzgründen ist die große Mehrheit der Bevölkerung für den Ausstieg aus den fossilen und den Umstieg auf erneuerbare Energien.

Um das System zu verändern, müsste gleichzeitig ein zivilgesellschaftlicher Kampf gegen neoliberale Machtstrukturen geführt werden. Ein Gegenmodell ist die Energiedemokratie, die dezentrale Energieversorgung mit erneuerbaren Energien miteinschließt.

**Um das System zu verändern, müsste gleichzeitig ein zivilgesellschaftlicher Kampf gegen neoliberale Machtstrukturen geführt werden.**

Dezentralisierung wird unter anderem dadurch vorangetrieben, dass jede\*r, der\*die ein Eigenheim und Geld besitzt, eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installieren kann, wodurch klassische Energieversorger gezwungen sind, ebenfalls auf dieses Geschäftsmodell umzusteigen. Aufgrund der neuen EU-Richtlinien können Private sich bspw. zu Genossenschaften zusammenschließen und gemeinsam Strom an Gewerbetreibende verkaufen. Diese Privatisierung beinhaltet natürlich auch Gefahren – es braucht einen sozialen Ausgleich, damit keine Zwei-Klassen-Energiegesellschaft entsteht. Es wäre wichtig, Energie als Daseinsvorsorge zu sehen, wie das auch beim Gesundheitssystem der Fall ist. Und sollte in öffentlichem Interesse – in öffentlicher Hand liegen. Darüber hinaus sollte die Öffentlichkeit vonseiten bestehender Energieversorger ein Mitspracherecht erhalten – Stichwort Bürger\*innenräte, wie sie bspw. in Vorarlberg zum Einsatz kommen. Dabei wird die Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse eingebunden und hat die Möglichkeit mitzugestalten. Ein visionäres Modell stellen in diesem Zusammenhang die partizipativen Stadtwerke dar. Hier entscheiden Kund\*innen, Mitarbeiter\*innen, Organisationsvertreter\*innen wie auch offizielle Stellen [Politik] die Strategie eines Unternehmens mit, aber bisher wurde ein solches Modell noch nicht erprobt.

**Diese Privatisierung beinhaltet natürlich auch Gefahren – es braucht einen sozialen Ausgleich, damit keine Zwei-Klassen-Energiegesellschaft entsteht.**

*Welche sind die aktuellen Themen und Probleme rund um Energie in der Stadt Graz?*

Ein wichtiges Thema in Graz ist die Fernwärme, die sich u.a. auch aus eingespeister Abwärme nahegelegener Industriebetriebe zusammensetzt. Interessant in diesem Zusammenhang ist das Projekt Big Solar, wobei vorgesehen war, mittels zahlreicher solarthermischer Module einen Anteil der Fernwärme für Graz mit erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Der Ausbau kam allerdings zum Stillstand, nachdem die Firma Solid, die das in Projekt Zusammenarbeit mit einer dänischen Firma realisiert hätte, in Konkurs gegangen war.

*Welche Gefahren existieren, wenn ausländische Firmen solche Projekte mitrealisieren?*

Wie das bereits erwähnte Beispiel zeigt, können durch Beteiligung ausländischer Firmen riskante Abhängigkeiten entstehen. Je internationaler ein Investor ist, desto schwieriger ist es einzuschätzen, wie groß diese Beteiligung weiterhin bleibt. Vor 40 Jahren haben Private und Firmen ihre Gewinne meistens Banken übergeben, um diese als Kredite für andere Sachgüterleistungen zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile dominiert die Finanz- die Realwirtschaft, denn ab den 1970er Jahren wurde die Finanzwirtschaft liberalisiert und seitdem orientieren sich Investor\*innen und Anleger\*innen ausschließlich am Profit. Wenn die Rendite stimmt, läuft das Geschäft, aber wenn die Rendite nicht mehr stimmt, steigen Investor\*innen aus.

*Die Energie Steiermark AG ist zu 75% im Eigentum des Land Steiermark und zu 25% im Eigentum der SEU Holding mit Sitz in Luxemburg – eine Tochterfirma der australischen Investment Bank Macquarie Group. Was hat das für Auswirkungen?*

Ab einem Eigentumsanteil von 25% erhält ein anteiliges Unternehmen die Funktion einer Sperrminorität und kann wesentliche, vom Vorstand beabsichtigte Entwicklungsstrategien blockieren. Es wäre wichtig, innerhalb von Branchen wie der Energieversorgung keine ausländischen Beteiligungen zuzulassen. Unabhängige Energieversorgung stellt ein Grundgerüst unseres Lebens dar, ist ein wesentlicher Faktor für die Energiedemokratie und für die soziale Säule!

*Wie stehen Sie zum Murkraftwerk?*

Grundsätzlich bin ich nicht so kritisch gegenüber Wasserkraftwerken eingestellt, doch es muss jedes Projekt genau auf dessen Umweltverträglichkeit geprüft werden. Und das Murkraftwerk hat sicher mehr negative als positive Effekte, da viele zusätzliche Bauwerke nötig sind und sehr viele Bäume gefällt werden mussten. Es wurde umgesetzt, obwohl man weiß, dass in Graz das Mikroklima aufgrund der Becken- und Staulage relativ schlecht ist und Bäume Feinstaub binden und die Luftqualität verbessern würden. Am gewählten Standort ist dieses Kraftwerk also nicht sehr günstig.

Auch der Murkraftwerksstrom wird Stromspitzen in anderen Ländern ausgleichen. Wie funktioniert der internationale Stromhandel?

Wir haben ein europäisches Verbundnetz, in dem sämtliche Kraftwerke über ein Netz zusammengeschlossen sind. Im Fall einer Störung oder eines starken Laststoßes [zu Zeiten vermehrten Stromverbrauchs durch Energienutzer\*innen] beteiligen sich sämtliche Kraftwerke an diesem Ausgleich. Gaskraftwerke eignen sich gut dafür, diese Spitzen auszugleichen, da sie sehr schnell angefahren werden können. Ca. 14% des Stromes wird aus Deutschland importiert, da dort die externen Kosten im Strompreis nicht inkludiert sind und der sogenannte „dreckige Strom“ aus Kohle- oder Atomkraft billiger ist. Die großen Energieversorger werden dieses Modell weiterhin forcieren, weil es die geringsten Kosten verursacht. Das ist unser Wirtschaftssystem: Es wird geschaut, wo am billigsten eingekauft werden kann und wo die größten Profite gemacht werden können!

Welchen Zusammenhang sehen Sie zwischen sozialer Ungleichheit und der Möglichkeit Strom selbst produzieren können – Stichwort: Photovoltaikanlage am Dach?

So toll dieses Projekt an und für sich ist, dass nämlich wir selbst unsere Energieversorgung in die Hand nehmen, so gefährlich und realitätsfremd ist es auch. Aus meiner Sicht ist diese Alternative nicht massentauglich und entspricht aufgrund der hohen Kapitalanforderungen absolut nicht der Lebensrealität der meisten Menschen. Mit PV-Anlagebau beschäftigen sich

momentan einige wenige Technologiebegeisterte – und dabei nur diejenigen, die viel Geld und Zeit haben, um damit möglicherweise Profite zu erwirtschaften. Jene, die in prekären Arbeitsverhältnissen stehen, sind davon ausgenommen, weil sie über kein Haus oder freie Finanzen verfügen. Aus diesem Grund wäre es so wichtig, dass öffentliche Energieversorger das in die Hand nehmen!

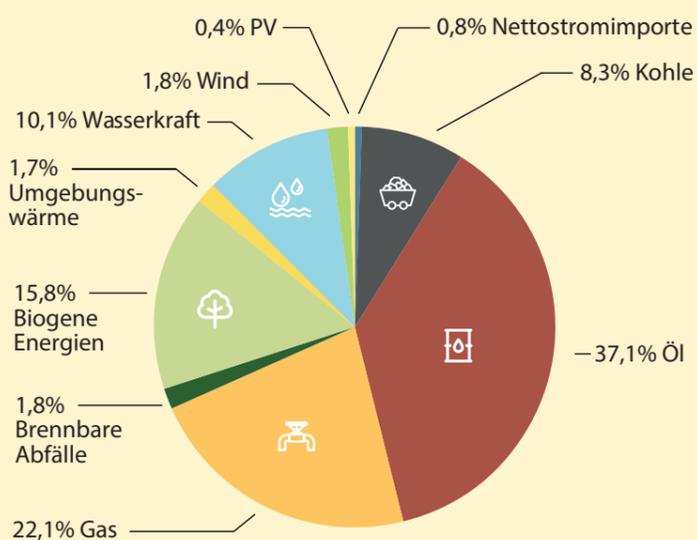
**In allen hochindustrialisierten Staaten Europas muss der Verbrauch um die Hälfte reduziert werden! Ansonsten werden wiederum zu viele erneuerbare Energiequellen benötigt und der Verzehr wertvoller Rohstoffe geht weiter.**

Wie lässt es sich vermeiden, dass auch bei erneuerbaren Energien der Markt die Oberhand gewinnt?

Sehr wesentlich bei der Frage ist, dass wir unbedingt unseren Energieverbrauch ändern müssen. In allen hochindustrialisierten Staaten Europas muss der Verbrauch um die Hälfte reduziert werden! Ansonsten werden wiederum zu viele erneuerbare Energiequellen benötigt und der Verzehr wertvoller Rohstoffe geht weiter. Aber wer möchte schon verzichten? Vonseiten der Regierungen werden noch kaum Schritte in diese Richtung gesetzt, doch das Ziel Erneuerbare kann nur gemeinsam gelingen!

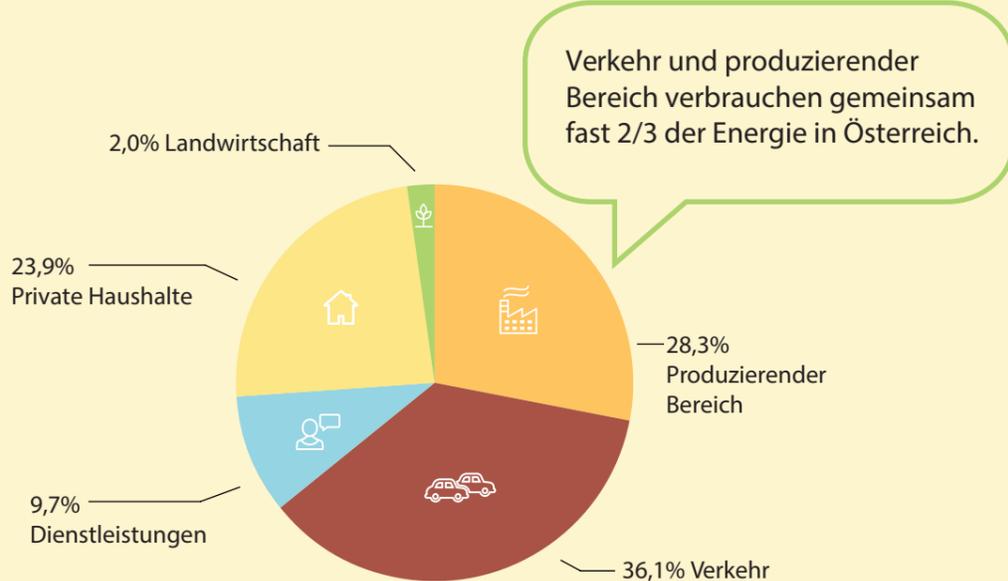
[Interview: Adina Camhy; Transkription: Carlotta Bonura, Bettina Landl]

### BRUTTOINLANDSVERBRAUCH 2019 (ÖSTERREICH)

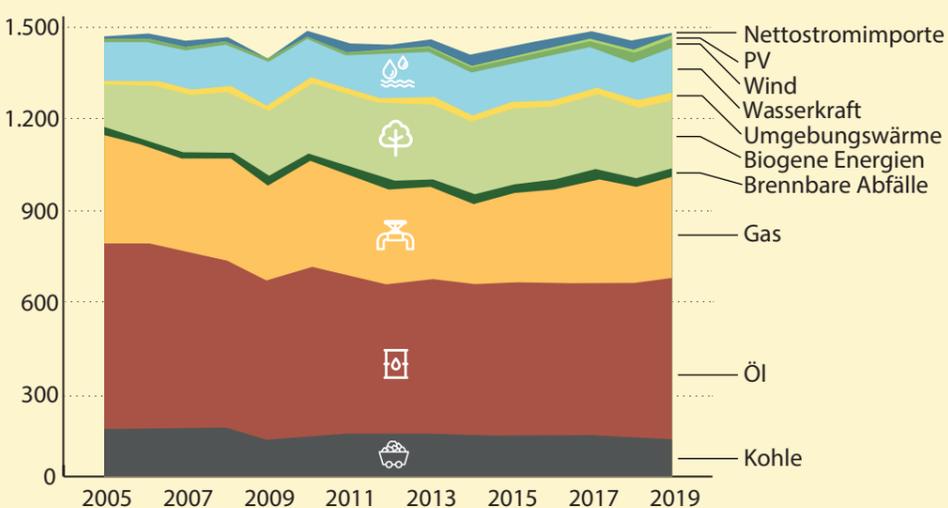


Bruttoinlandsverbrauch: Anteile der Energieträger

### ENERGETISCHER ENDVERBRAUCH (ÖSTERREICH)

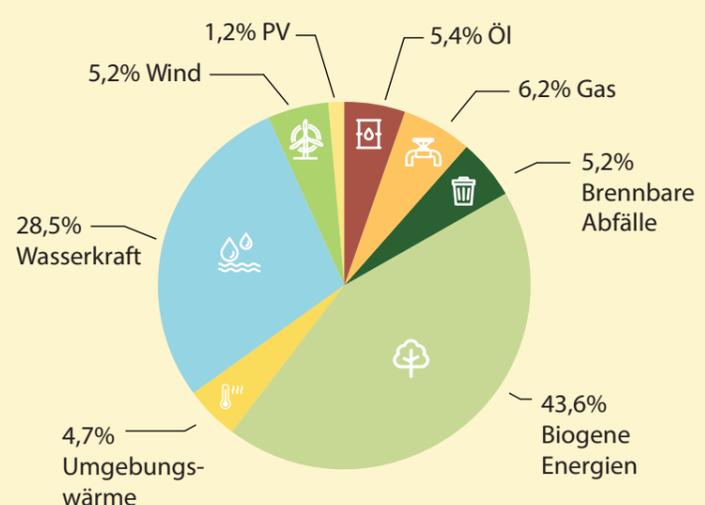


Struktur des energetischen Endverbrauches nach wirtschaftlichen Sektoren



Bruttoinlandsverbrauch nach Energieträgern in Petajoule 2005 – 2019

### PIRMÄRENERGIEERZEUGUNG 2019 (ÖSTERREICH)



Anteile der Energieträger

Quelle: „Energie in Österreich. Zahlen, Daten, Fakten“, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK), 2020

# (FEHL)GELEITETE INNOVATIONEN

Heimo Ecker-Eckhofen (Geschäftsführer der Ecker-Eckhofen Energie GmbH), Hannes Linder (Pressesprecher der Energie Graz), Johannes Mayer (Leiter der Abteilung Volkswirtschaft der E-Control) und Andrea Pavlovec-Meixner (Grüne Gemeinderätin) im Gespräch mit Ana Jeinić und Adina Camhy (Grazotopia) über die Elektrifizierung der Stadt.

Dies ist eine gekürzte und in lesbare Form gebrachte Version des GrazTalk 2 zum Thema Energie, der im Juni 2020 als Online-Konferenz stattgefunden hat. Das gesamte Gespräch ist unter [www.lama.or.at/grazotopia-grazforschung](http://www.lama.or.at/grazotopia-grazforschung) nachzuhören.

*Herr Mayer, woraus besteht das Stromnetz? Was ist in öffentlicher und was in privater Hand? Was bedeutet Strommarktliberalisierung?*

Johannes Mayer: Das Stromsystem hat sich dezentral entwickelt und wurde nach und nach zusammengeschlossen. Derzeit gibt es knapp 240.000 km Leitungen in Österreich. 230.000 davon sind lokal verteilt, davon 170.000 km verkabelte Leitungen großteils in Städten und 60.000 km Freileitungen. Die übrigen 10.000 km sind große, überregionale Leitungen, die die Landschaft prägen. In Österreich gibt es 126.000 Kraftwerke, davon 122.000 PV-Anlagen u.a. auf Dächern und Gewerbeanlagen. Der Rest besteht großteils aus Kleinwasserkraftwerken sowie aus ca. 1000 großen Einheiten [Wasserkraftwerke, fossile Wärmekraftwerke, Biomassekraftwerke, Windkraftanlagen und Speicheranlagen], die auch mehrheitlich in öffentlicher Hand sind. Das sind Unternehmen, die nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlicht wurden, wie bspw. große städtische Unternehmen, Landesgesellschaften oder die Verbundgesellschaft. Die kleineren Anlagen gehören eher privaten Unternehmen und Privatpersonen.

Zur Strommarktliberalisierung: Zunächst gab es keine Wahlmöglichkeit und alle wurden von einem „Lokalversorger“ beliefert. Ab ca. 1998 führte das Wirtschaftsministerium Preisregulierungen durch bzw. ein. Mit der Vollliberalisierung des österreichischen Strommarktes 2001 und der Tatsache, frei zwischen ca. 70 Lieferanten wählen zu können, hat es einer einheitlichen Regulierungsbehörde bedurft. Vonseiten der EU wurde im Zuge dessen seit 2003 eine Regulierungsbehörde für jeden Mitgliedsstaat vorgeschrieben.

*Herr Linder, was ist die Energie Graz und wie gestaltet sich die Eigentümer\*innenstruktur?*

Hannes Linder: Das Unternehmen Energie Graz gliedert sich in die Sparten Strom, Erdgas, Fernwärme, Licht und Energiedienstleistungen. Das Unternehmen steht im Eigentum der Holding Graz (51%) und der Energie Steiermark (49%).

Im Zuge der bereits angesprochenen Strommarktliberalisierung musste ab einer gewissen Unternehmensgröße und Kund\*innenzahl eine Trennung von Energielieferant und Netzbetreiber vollzogen werden. Im Bereich Strom betreiben wir daher mit der Stromnetz Graz GmbH eine 100% Tochtergesellschaft, die rein für den Ausbau und Betrieb des Stromnetzes in Graz zuständig ist.

Die Energie Graz selbst ist der lokale Energieversorger, aber wie bereits erwähnt, sind wir einer jener rund 70 Unternehmen, die österreichweit von Vorarlberg bis Wien Energie und Tarife anbieten können.

Die Stromnetz Graz betreibt in Graz ein rund 1800 km langes Leitungsnetz, wobei ein Großteil dieses Netzes unterirdisch in Form von Erdkabeln verläuft. Wir versorgen in Graz über

100.000 Energiekund\*innenanlagen und durch unser Netz fließen jährlich rund 580 GWh Energie, also 580 Millionen kWh. Im Bereich Erdgas werden über ein 600 km langes Leitungsnetz größere Mengen, nämlich knapp 1000 GWh pro Jahr transportiert – vor allem für industrielle Abnehmer aber auch für private Heizungsanlagen.

Fernwärme ist ein stark expandierender Bereich. Im Moment werden über ein 800 km langes Leitungsnetz ca. 70.000 Kund\*innenanlagen versorgt. Zudem sind wir für die öffentliche Beleuchtung in Graz zuständig und betreuen knapp 40.000 Lichtpunkte.

*Sind Sie der einzige Netzbetreiber in Graz? Gehören alle Kabel in der Stadt der Stromnetz Graz? Woher kommt der Strom, der in Graz verbraucht wird?*

HL: Es ist sehr komplex, aber ich versuche es mit wenigen Worten auf den Punkt zu bringen: Nein, nicht alle Stromleitungen in Graz gehören der Stromnetz Graz – es gibt zwei weitere Netzbetreiber in der Landeshauptstadt: Die E-Netze Steiermark und das E-Werk Gösting.

Physikalisch verfolgt der Strom das Prinzip des kürzesten Weges. Die physikalische Stromherkunft beim Verbraucher (z.B. Haushalt) ist somit vom nächstgelegenen Kraftwerk abhängig. Die Stromflussrichtung hat mit der kaufmännischen Beziehung zwischen Kund\*innen und Energieerzeugungsanlage nicht zwingend etwas zu tun. Der kaufmännische Teil wird über den jeweils gewählten Tarif und teilw. über den Zertifikatshandel geregelt. Übersetzt bedeutet das: Wohnt man bspw. in der Nähe eines Flusskraftwerks, lässt sich davon ausgehen, dass die bezogene Energie zu 100% physikalisch aus diesem Flusskraftwerk stammt.

**Die Stromflussrichtung hat mit der kaufmännischen Beziehung zwischen Kund\*innen und Energieerzeugungsanlage nicht zwingend etwas zu tun.**

Als Energie Graz betreiben wir drei Kleinwasserkraftwerke am Mühlgang sowie eine Vielzahl an Photovoltaikanlagen in jeder Größe z.B. am Flughafen, am Auster Schwimmbad, auf der Stadthalle etc. Entlang der Mur befinden sich Richtung Süden mehrere Flusskraftwerke z.B. Gössendorf, Kalsdorf, Mellach (ein thermisches und ein Laufkraftwerk), Lebring und Gralla. Im Norden kommt unsere Energie physikalisch von den Kraftwerken in Weinzödl, Friesach und Peggau und westlich von Graz liegen das Speicherkraftwerk Arnstein und die Windkraftanlagen auf der Hebalm. Und natürlich gibt es auch private Anlagen, die Strom liefern.

Wir haben einen nahezu flächendeckenden Zertifikatshandel. Stark verkürzt kann man sagen: Wer als Kunde\*in ausschließlich Naturstrom bezieht, unterstützt die Förderung von Ökostrom-Erzeugungsanlagen. Aber: Nicht nur die Kund\*innen sind in der Verantwortung, ein Produkt zu wählen, auch jedes Unternehmen trägt die Verantwortung und entscheidet, welche Produkte es zur Verfügung stellt. Der Strommix der Energie Graz setzt sich bspw. aus ca. 80-85% Wasserkraft, 10% Windenergie und 5% sonstigen ökologischen Energieträgern bzw. Sonnenenergie zusammen.

Könnten Sie bitte Österreichs Stromimport und -export erläutern?

JM: Was für Graz gilt, gilt auch für die gesamte EU. Einerseits gibt es physikalische, andererseits kommerzielle Flüsse. Im Jahr 2019 wurden ca. 26 TWh nach Österreich importiert und ca. 23 TWh exportiert. Man kann sich die physikalischen Flüsse wie eine Badewanne vorstellen, wo das Wasser auf der einen Seite zu- und auf der anderen abfließt. Die „großen Wasserhähne“ in Europa befinden sich im Norden. Da gibt es günstigen Braunkohle- und Windkraftstrom und etwas teureren Steinkohlestrom. Im Süden befinden sich Italien und der Balkan, sozusagen „das große Loch“ in Europa. Dorthin fließt der Strom – und Österreich ist mittendrin.

**Würden die österreichischen Kraftwerke laufend produzieren, wäre Österreich mehr als versorgt. Dass passiert deswegen nicht, weil Verträge darüber entscheiden, ob ein Kraftwerk produziert.**

Andererseits gibt es kommerzielle Flüsse – Import- und Exportgeschäfte. Anhand der kommerziellen Flüsse im Jahr 2019 ist zu beobachten, dass hinter physischen Flüssen wie z.B. Importen aus Tschechien kein kommerzieller Fahrplan steht, sondern dass der Strom in relativ gleichen Anteilen z.B. in die Schweiz, nach Ungarn, Slowenien oder Deutschland weitergeliefert wird. Das, was an Strom nach Österreich fließt und hier bleibt, ist in der Nähe von Null.

Würden die österreichischen Kraftwerke laufend produzieren, wäre Österreich mehr als versorgt. Dass passiert deswegen nicht, weil Verträge darüber entscheiden, ob ein Kraftwerk

produziert. Es läuft das Kraftwerk, mit dem ein Vertrag abgeschlossen wurde. Offensichtlich kaufen Marktteilnehmer\*innen bevorzugt den günstigen Strom aus Deutschland [vorrangig Kohle- und Gaskraftwerke] als den etwas teureren in Österreich produzierten Strom.

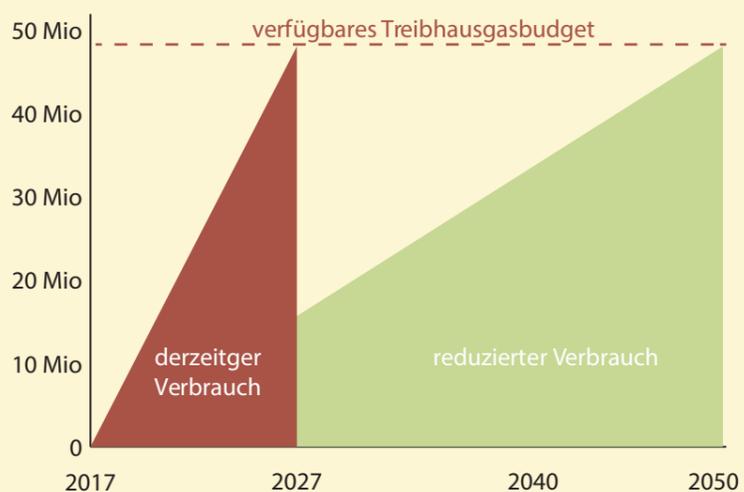
Welche Maßnahmen gibt es im Hinblick auf eine ökosoziale Energiewende (Stichwort: Billiger Kohlestrom aus Deutschland)?

JM: Es wurde bereits von Neoliberalismus und Strommarktliberalisierung gesprochen. Grundsätzlich wird in Europa versucht, eine möglichst effiziente Energieaufbringung zu erreichen. Es gibt im europäischen Binnenmarkt keine gesetzliche Möglichkeit ein Produkt, das innerhalb der EU rechtmäßig produziert wurde, in einem Mitgliedsstaat zu verbieten. Man kann aber die Transparenz mithilfe von Zertifikaten erhöhen. Würden vermehrt Ökostrom-Zertifikate von erneuerbaren und nicht von fossilen Anlagen gekauft werden, gäbe es eine gewisse Verschiebung und einen Vorteil für erneuerbare Anlagen. Konsument\*innen haben die Chance sich für ein Produkt zu entscheiden.

Herr Ecker-Eckhofen, was ist das Ältere Mühlconsortium und was motiviert Sie, sich an der Wassergenossenschaft zu beteiligen?

Heimo Ecker-Eckhofen: Ich betreibe, gleich der Energie Graz, drei Wasserkraftwerke am Mühlgang und bin mit dem Kauf der Kraftwerke 2009 automatisch Mitglied des Älteren Mühl-

### VERBRAUCH DES TREIBHAUSGASBUDGETS (GRAZ)



Bei unverändertem Verbrauch wird das geplante Treibhausgasbudget, das bis 2050 reichen sollte, innerhalb einer Dekade aufgebraucht sein.

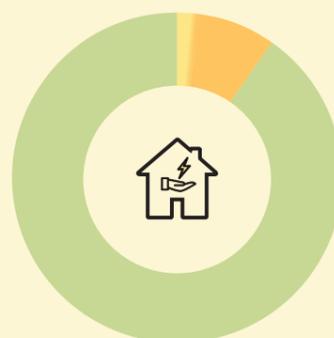
Ohne Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ist es nicht möglich die Pariser Klimaziele zu erreichen.



Verbleibendes Treibhausgasbudget für Graz in Tonnen (CO<sub>2</sub>/CO<sub>2</sub> äquivalent)  
Auf Basis des global verfügbaren Treibhausgasbudgets kann jenes für Graz abgeleitet werden.

Quelle: „Energienmasterplan Graz, Aktionsplan für nachhaltige Energie Graz“, Zwischenbericht 2018, Umweltamt

### VON ENERGIEARMUT BETROFFENE HAUSHALTE IN GRAZ (SCHÄTZUNG 2013)



Je nach Definition fällt die Anzahl der betroffenen Haushalte in Graz unterschiedlich aus.

Hochgerechnet auf 128.849 Privathaushalte in Graz (2011) sind – je nach Definition – etwa 3.000-10.000, also ca. 2,3-7,8% von Energiearmut betroffen.

Quelle: „Energiearmut in der Grazer Bevölkerung“, Wegener Center für Klima und Globalen Wandel, Karl-Franzens-Universität Graz, 2013  
Die Zahlen sind als Schätzungen zu verstehen (Ableitung der Zahlen aus Sekundärdaten mit hohen statistischen Ungenauigkeiten).  
Datengrundlage: Konsumerhebungen 2004/05, 2009/10 und EU-SILC 2004 - 2011

consortiums geworden. Alle, die dort ein Kraftwerk betreiben, sind mit der Rohleistung des Kraftwerks anteilig bzw. werden mit der Wasserkraftnutzung zu einem Mitglied.

Das Ältere Mühlenconsortium ist eine über 170 Jahre alte Wassergenossenschaft und im Grunde ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, den Mühlgang in Graz so zu betreuen und zu verwalten, dass die Interessen der Kleinkraftwerksbetreiber\*innen gewahrt bleiben. Rechtlich sind wir als Wassergenossenschaft an die Regulatorien des Wasserrechtsgesetzes gebunden.

Dazu gibt es zahlreiche Fördermodelle für erneuerbare Energien vonseiten der Regierung, auf die potentielle Betreiber\*innen, die entweder ein Kraftwerk errichten oder ein bestehendes sanieren möchten, zugreifen können. Ich würde mir jedoch eine andere Lösung wünschen: Die externen Kosten der fossilen Energieträger müssten internalisiert d.h. die wahren Preise der konventionellen Stromproduktion müssten abgebildet werden. Damit könnten es Produzent\*innen erneuerbarer Energie letztendlich ungefördert schaffen am Strommarkt teilzunehmen.

**Die externen Kosten der fossilen Energieträger müssten internalisiert d.h. die wahren Preise der konventionellen Stromproduktion müssten abgebildet werden.**

*Frau Pavlovec-Meixner, bitte könnten Sie kurz Ihre Arbeit im Bereich Energie und Umwelt beschreiben? Welche politischen Maßnahmen werden in Graz im Hinblick auf die Energiewende ergriffen?*

Andrea Pavlovec-Meixner: Über meine Arbeit für den Nationalpark Donauauen und später für Global 2000 bin ich zu dem Thema Energie gekommen und habe mich dann als Gemeinderätin intensiver damit beschäftigt. Eine der ersten Initiativen, an denen ich beteiligt war, war eine Aufforderung an die Energie Graz keinen Atomstrom zu importieren – das wurde so auch im Gemeinderat beschlossen.

Zudem habe ich mich im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit dem Kommunalen Energiekonzept (KEK) beschäftigt. Energieeffizienz ist ein Thema, das mir besonders wichtig ist, wobei hier in Graz als auch generell in Österreich noch viel Luft nach oben ist – im privaten Bereich, aber besonders bei den Unternehmen. Jede Energie, die wir nicht verbrauchen, muss auch nicht erzeugt werden! Zwischen 2015 und 2019 hat die Stadt Graz eine Gigawattstunde (GWh) an Strom eingespart – diesen Ansatz gilt es weiterzuverfolgen.

**Jede Energie, die wir nicht verbrauchen, muss auch nicht erzeugt werden!**

Ein weiterer Fokus liegt auf dem Thema Solarenergie, wo die Stadt Graz Projekte realisiert und realisiert hat wie z.B. den online abrufbaren Solardachkataster oder das Projekt Big Solar, das zur Fernwärmeversorgung von Graz beitragen soll und – je nach Flächenverfügbarkeit – bis zu 25% der Grazer Fernwärme stellen soll. Bei diesem Projekt ist vorgesehen die Wärme in einem Großspeicher zu sammeln, um sie dann mit Stützenergie aus Biomasse in das Grazer Fernwärmenetz einzuspeisen.

Ich habe mich in den letzten Jahren auch damit beschäftigt, den Abwärmeanteil an der Fernwärme zu vergrößern. Z.B. wird die Abwärme des Papierherstellers Sappi im Norden von Graz in das Grazer Fernwärmenetz eingespeist. Die Trennung von Strom und Wärme in Graz ist problematisch. Im Süden

der Stadt haben wir große Kraftwerksblöcke [Mellach], die früher viel kontinuierlicher gefahren wurden und heute der Strommarktstützung dienen. Wenn Abwärme nicht genutzt wird, wird sie in die Mur gekühlt oder entweicht über Kühltürme – das ist äußerst ineffizient.

Im Falle der Murstautufen sehe ich einen riesigen Konflikt zwischen Klima-, Natur- und Artenschutz. Frei fließende Flüsse sind ökologisch sehr wertvoll und müssen erhalten werden! Aber in Österreich sind rund 85% der Flüsse gestaut – es gibt kaum mehr frei fließende Strecken. Energiegroßprojekte sind zudem eng mit der Bauwirtschaft verknüpft – in Graz werden für die Murstautufe große Mengen an Baustoff bewegt.

**Frei fließende Flüsse sind ökologisch sehr wertvoll und müssen erhalten werden! Aber in Österreich sind rund 85% der Flüsse gestaut – es gibt kaum mehr frei fließende Strecken.**

*Wir haben bereits über das Thema Dezentralisierung gesprochen. Bitte könnten sie darauf eingehen und auch erläutern, was hinter dem Begriff „Inselnetz“ steckt?*

HEE: Zwei unserer Kraftwerke haben eine direkte private Leitung zur in der Nähe befindlichen Firma AVL – ohne das öffentliche Netz physikalisch zu berühren. Die Kraftwerke sind technisch in der Lage im Falle eines Stromausfalls als USV-Anlage [Unterbrechungsfreie Stromversorgung] weiterzuwirken. Das bietet einen Mehrwert für die AVL, da so Prozesse ohne wirtschaftlich schädliche Stromausfälle weiterlaufen können. Ein Inselnetz ist jedoch viel mehr: Es ist in der Lage in einem Inselbetrieb – unabhängig vom Verbundnetz – Strom einer gewissen Güte zur Verfügung zu stellen.

Historisch betrachtet gab es früher ausschließlich Inselnetze. Diese wurden erst nach und nach zu einem Verbund zusammengeschlossen, mit dem großen Vorteil, dass man von nun an Lastflüsse ausgleichen und damit die Versorgungssicherheit erhöhen konnte. Aktuell gibt es einen Trend Richtung Mikronetze (Microgrids), die physikalisch mit dem Verbundnetz verbunden, also genau genommen keine isolierten „Inseln“ sind. Das könnte kleinen Energieerzeugern Vorteile bringen, indem Strom, der erzeugt, aber nicht selbst benötigt wird, an Nachbar\*innen verkauft werden kann. Zudem könnte damit auch die Resilienz des Netzes erhöht werden, da beim Wegfall des Verbundnetzes oder im Fall eines Blackouts Mikronetze in der Lage wären, Strom und Spannung weiter zur Verfügung zu stellen. Das muss jedoch intelligent in Form von Smart Grids geplant und umgesetzt werden, was mit höherer Rechenleistung bzw. höherem IT-Aufwand und einer neuen Form des Netzverbundes einherginge. Auf der anderen Seite gäbe es auch Verlierer: Die Netzbetreiber müssten ein aufwendiges Netz aufrechterhalten, könnten aber zugleich weniger Netzgebühren abschöpfen. Da einen Ausgleich zu schaffen, ist eine Herausforderung.

*Was halten Sie, Herr Linder, von dieser Verinselung und welche Rolle spielt dieses Thema in und für Graz?*

HL: Ich bin persönlich ein Fan von Dezentralisierung in der Erzeugung. Die von Herrn Ecker-Eckhofen erwähnten Kraftwerke hängen an einem konstant fließenden Mühlgang und sind somit selbständig in der Lage, Frequenz und Spannung zu (er)halten. Das ist allerdings nicht bei allen Inselanlagen so. Um Frequenz und Spannung entsprechend aufrechtzuerhalten, müssen Erzeugung und Verbrauch in Einklang gebracht werden – und das quasi sekundlich. Die Stromerzeugung

einer Photovoltaikanlage hängt z.B. von der Sonneneinstrahlung ab – das resultiert in sehr volatile, also unbeständige, Lastverläufe. Für einen reinen Inselbetrieb braucht es also zusätzliche Speicher, die während Sonnenschein geladen und bei Bedarf wieder entladen werden können. Doch das ist im Einzelfall teuer und auch wartungsintensiv, damit für viele unattraktiv.

Im Hinblick auf den globalen Trend zur Regionalisierung ist ein Inselnetz nur die Extremform der Dezentralisierung. Ein Netz komplett vom Verbundnetz zu trennen, macht nur in den wenigsten Fällen wirklich Sinn: z.B. auf einer Almhütte. Ein Verbundnetz bietet neben stabiler Frequenz und Spannung auch die Sicherheit von Redundanzen: Wenn beispielsweise ein Kraftwerk ausfällt, versorgen andere Kraftwerke die Abnehmer\*innen und federn den Ausfall sozusagen ab.

*Es gibt kritische Stimmen, die sagen, durch die zunehmende Regionalisierung und Individualisierung der Stromerzeugung entstünde eine Zweiklassengesellschaft: Stichwort soziale Gerechtigkeit. Dezentralisierung führt auch zu einer zunehmenden Privatisierung.*

APM: Zur sozialen Gerechtigkeit: Es gibt verschiedene Projekte in Graz, die sich dem Thema Energiearmut widmen. Dazu werden Gespräche mit Vertreter\*innen verschiedener Vereine aus dem Sozialbereich geführt und Initiativen werden finanziell unterstützt. Lange wurde das Problem so gelöst, dass den

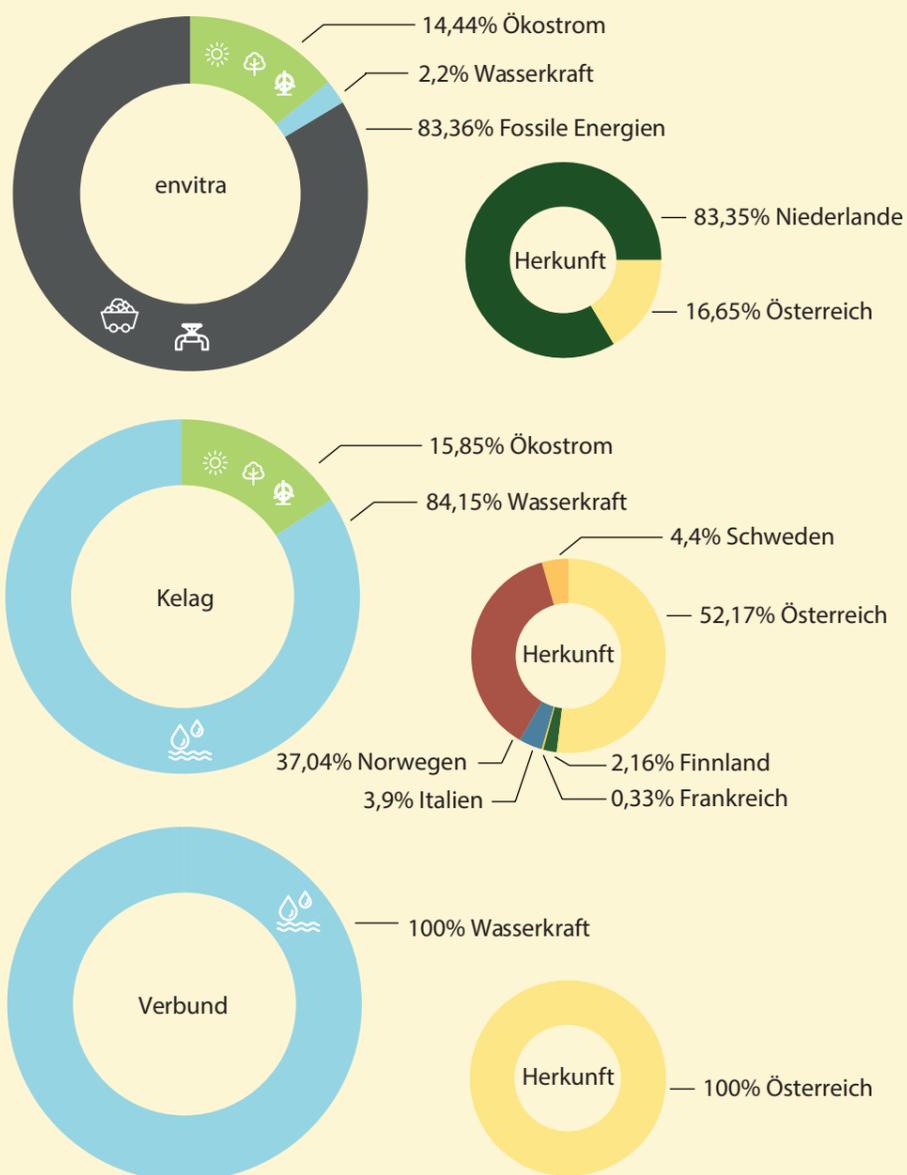
Betroffenen lediglich ein Entgelt zuerkannt wurde, um die Strom- und Heizkosten zu decken. Ich denke, dass man durch Energieberatung und durch Bereitstellung von energieeffizienten Geräten dem Thema Energiearmut besser begegnen kann als durch das Verteilen von Geldern. Mittlerweile gibt es auch Projekte wie z.B. das Zurverfügungstellen energieeffizienter Kühlschränke, die das Bewusstsein für einen geringeren Energieverbrauch und damit für Einsparungsmaßnahmen schärfen. Auch Gemeinschaftsprojekte wie z.B. die vom Land Steiermark initiierte „Energiejagd“ können dabei helfen Bewusstsein zu schaffen.

**[Dezentralisierung] birgt tatsächlich das soziale Risiko, nur einen Teil der Bevölkerung dorthin mitzunehmen, da nicht alle in gleicher Form partizipieren können.**

JM: Ich denke, Dezentralisierung hat die Chance eine große Veränderung am Markt zu bewirken. Das wirklich neue dieser Energiegemeinschaften, Microgrids etc. ist, dass man mit neue(re)n Technologien schafft, die Erzeugung und den Verbrauch zu synchronisieren, ohne dass Energie großräumig verteilt werden muss. Es birgt aber tatsächlich das soziale Risiko, nur einen Teil der Bevölkerung dorthin mitzunehmen, da nicht alle in gleicher Form partizipieren können.

[Transkription: Carlotta Bonura, Adina Camhy, Bettina Landl]

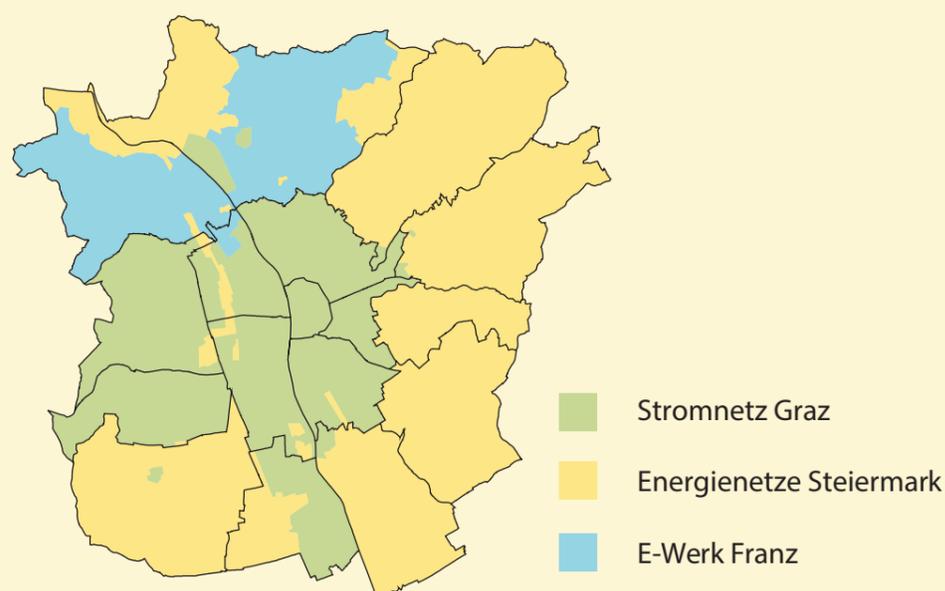
### ENERGIEMIX & STROMHERKUNFT AM BEISPIEL VON DREI STROMLIEFERANTEN IN GRAZ



Für 8010 Graz wurden im November 2020 mehr als 80 Stromlieferanten gelistet.

Quelle: Stromvergleich für Österreich: <https://durchblicker.at> (abgerufen am 15.11.2020)

### NETZBETREIBER IN GRAZ



### VERTRAGSVERHÄLTNISSE STROMNETZ



Quelle: e-control

# DAS KLIMAFREUNDLICHSTE HAUS IST DAS NIE GEBaute HAUS

Gerlind Weber (Professorin i. R. für Raumplanung und Raumforschung, BOKU – Universität für Bodenkultur Wien) im Gespräch über die Bedeutung von Boden für Klima, Bodenverbrauch und Bodenspekulation.

*Welche Rolle spielt der Boden für das Klima?*

Weltweit gesehen, ist der Boden, im Hinblick auf seine Fähigkeiten Treibhausgase zu speichern an zweiter Stelle nach den Ozeanen. Wenn eine Fläche versiegelt wird, hat das klimarelevante Auswirkungen. Der Mutterboden wird aufgemacht und weggeschoben, damit entweicht das dort gespeicherte CO<sub>2</sub>, das an die Luft abgegeben wird. Im Baugeschehen werden starke Emissionen produziert und zuletzt wird der Boden versiegelt, was die Speicherfähigkeit des Bodens zerstört: So können weder Wasser, noch CO<sub>2</sub>, noch Pflanzen beherbergt werden. Die Transformationsprozesse zum Abbau von CO<sub>2</sub> können nicht mehr stattfinden. Dieser Prozess stellt aber die Weichen für die nächsten 100 Jahre und länger. Die Nutzung von Gebäuden und Straßen bilden gemeinsam die stärksten Emissionsquellen. Jährlich wird vom Umweltbundesamt Wien eine CO<sub>2</sub> Bilanz veröffentlicht: Hoch- und Tiefbauten sind gemeinsam die größten Treiber des Klimawandels. Das klimafreundlichste Haus ist das nie gebaute Haus!

*Wie wird in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern mit der Ressource Boden umgegangen?*

Der tägliche Bodenverbrauch pro Kopf ist in Österreich doppelt so hoch wie in Deutschland, wo bei zehn Mal mehr Bevölkerung ca. 57 Hektar pro Tag verbaut werden. In Österreich wurden 2019 ca. 13 Hektar pro Tag verbraucht. Es wird extrem verschwenderisch mit Grund und Boden umgegangen. Das ist beim Straßenbau teilweise der Morphologie der Alpen geschuldet. Die Verbauung pro Kopf nimmt ab, wenn man urbane Strukturen schafft. Österreich gilt als wenig verstädtert. Die starke Zersiedelung Österreichs ist aber der Hauptgrund der hohen Bodenverluste. Dies obwohl durch den hohen Alpenanteil der Dauersiedlungsraum ohnehin sehr gering ist.

**Der tägliche Bodenverbrauch pro Kopf ist in Österreich doppelt so hoch wie in Deutschland (...).**

*Wem gehören Grund und Boden? Wer sind die größten Eigentümer\*innen?*

Der Boden in Österreich gehört teilweise der Republik, aber hat früher in hohem Maß auch den Bäuerinnen und Bauern gehört. Durch Erbweg und Agrarstrukturwandel ist heute ein wesentlicher Teil des landwirtschaftlich genutzten Bodens nicht mehr in bäuerlicher Hand. Außerlandwirtschaftliche Eigentümer\*innen haben meist kein ausgeprägtes Interesse an der landwirtschaftlichen Nutzung und sind an Bauland interessiert. Bauern und Bäuerinnen wiederum brauchen diese Pachtflächen dringend, um überhaupt ökonomisch wirtschaften zu können.

Was das Wohnungseigentum betrifft: Wir folgen dem römischrechtlichen Grundsatz *Superficies solo cedit*: demjenigen, dem Grund und Boden gehört, gehört auch das Haus. Mit dem Wohnungseigentum erwirbt man einen aliquoten Anteil am Grundstück und am Gebäude, an der Wohnung hat man ein Nutzungsrecht.

*Wie kann das Recht auf Eigentum im Hinblick auf die Bodenfrage reguliert werden?*

Eigentum, im privatrechtlichen Sinn, ist die unumschränkte Herrschaftsmacht über eine Sache. Sie wird auf zwei Arten begrenzt: Erstens geht die Eigentumsausübung nur so weit, als nicht dieses Recht des Nachbarn in einem ungleichen Ausmaß beschränkt wird.

Zweitens nimmt die Gesellschaft – durch die öffentliche Hand – einen erheblichen Einfluss auf die Nutzbarkeit von Grund und Boden. Ein gutes Beispiel dafür ist das Raumplanungsrecht. Meine Idee ist nun, den Begriff der Raumordnung verfassungsrechtlich zu erweitern, um z.B. Bodenpreise regulieren oder auch in den vorhandenen Baubestand eingreifen zu können, etwa zur Anpassung an die Klimawandelfolgen.

Auch mit den schon bestehenden Instrumenten der Raumordnung ließen sich viele räumliche Fehlentwicklungen verhindern, aber davon wird nicht Gebrauch gemacht. Die Aufsicht der Länder über die Gemeinden ist nicht streng genug. Gesetze sind vorhanden und müssten nur konsequent angewendet werden, aber da fehlt es am Willen der Entscheidungsträger\*innen, den Boden als nicht uneingeschränkt verfügbare Ressource zu schützen. Denn wir müssen auch nachfolgenden Generationen Entscheidungsspielräume offenlassen!

**Gesetze sind vorhanden und müssten nur konsequent angewendet werden, aber da fehlt es am Willen der Entscheidungsträger\*innen, den Boden als nicht uneingeschränkt verfügbare Ressource zu schützen.**

*Welche Rolle spielen die Städte und zentralen Räume bei dieser Entwicklung?*

Die Globalisierung führt zur Zentralisierung. Das heißt, Metropolregionen oder größere Städte sind die Gewinner. Das führt dazu, dass immer mehr Leute in die wachsenden Städte drängen und Binnen- und Außenmigration einander dort begegnen. Laut wissenschaftlichen Untersuchungen ist aber die wirtschaftliche Prosperität einer Stadt nicht vom Wachstum abhängig, sondern von den Gelegenheiten Wertschöpfung zu erzielen. Mit forciertem Stadtwachstum werden große Opfer erbracht. Verdichtung nach innen ist zugleich eine Lebensqualitätsminderung für weite Kreise. Theoretisch könnte die Kernstadt mit der Region kooperieren und schauen, dass auch Nachfragesegmente beim Wohnen, der Produktion und dem Handel an die Umlandregionen abgegeben werden. Auch das Finanzsystem schwächt die raumplanerischen Entscheidungen und stärkt die regionalen Disparitäten zusätzlich.

*Zum Thema Bodenspekulation: Wie sollte mit Bodenpreisen und dem Wert von Grund und Boden umgegangen werden?*

Ein erster Schritt wäre, die Leerstände auf den Markt zu bringen. In Graz stehen über 11.000 Wohnungen leer. In den 1980er Jahren wurde vom Verfassungsgerichtshof eine Leerstandabgabe als nicht angemessen beurteilt, mit der Begründung, dass das investierte Vermögen bereits versteuert worden ist. Man kann niemanden dazu zwingen sein

Eigentum zu benützen. Das verstößt gegen den Wesensgehalt des Eigentums.

Der hohe Bodenverbrauch ist auch der aktiven und passiven Bodenspekulation geschuldet. Bei der aktiven Bodenspekulation ist folgender Vorgang gemeint: jemand erwirbt Grünland in der Hoffnung, später für diese Flächen eine Umwidmung in Bauland erwirken zu können. Dies geschieht in der Absicht, den sogenannten Planungswertgewinn im Verkaufsfall lukrieren zu können.

Bei der passiven Bodenspekulation verfügt man über Bauland, macht aber nicht von dieser Nutzungschance Gebrauch. Das heißt, man bebaut es selbst nicht und sieht auch von einem Verkauf an Bauwerber\*innen ab. Die Folgen sind ein „ausgetrockneter“ Baulandmarkt, ein enormer Baulandüberhang, hohe Baulandpreise und eine starke Zersiedelung. Dementsprechend umfangreich müssen die Maßnahmen sein, die als Gesamtstrategie dem Bodenschutz dienen sollen. Ein Herzstück davon müsste ein gesetzliches Baugebot sein, das zwingende Bebauungsfristen für Neu- und Altwidmungen bestimmt. Lässt man diese Fristsetzungen ungenutzt verstreichen, verlieren die betreffenden Liegenschaften Kraft Gesetz ihre Bebaubarkeit durch eine Grünlandwidmung.

*Welche Rolle spielen andere, nicht-menschliche Interessen (andere Tiere, Flüsse etc.) in raumplanerischen Entscheidungsprozessen?*

Alle Pläne und Programme sind einer strategischen Umweltprüfung zu unterwerfen, die die ökologischen Argumente in der Entscheidungsfindung stärker ins Bewusstsein holen soll. Das hat nicht den erwünschten Effekt gebracht. Nach einer auch von Österreich unterzeichneten internationalen Konvention sollten Natur- und Umweltschutzanwält\*innen ein Klagsrecht eingeräumt werden, indem sie die Stimme der Natur auch vor Gericht übernehmen. Bis heute wurde aber dieses Recht nicht in den Landesnaturschutzgesetzen verbindlich gemacht.

**Wir sollten unsere Lebensweise verändern und der Natur mehr Raum und Rechte zurückgeben. Ein wesentlicher Baustein davon ist ein sorgsamer Umgang mit Grund und Boden.**

*Wie können wir besser mit Grund und Boden umgehen?*

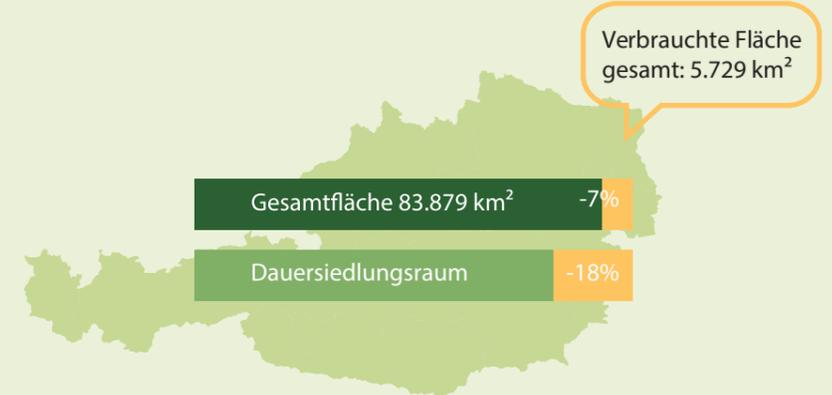
Wir werden den Grundsatz der Nachhaltigkeit stärker verfolgen und dem Wachstumszwang eine Absage erteilen müssen. Wir sollten unsere Lebensweise verändern und der Natur mehr Raum und Rechte zurückgeben. Ein wesentlicher Baustein davon ist ein sorgsamer Umgang mit Grund und Boden.

[Interview: Adina Camhy, Transkription: Carlotta Bonura, Adina Camhy]

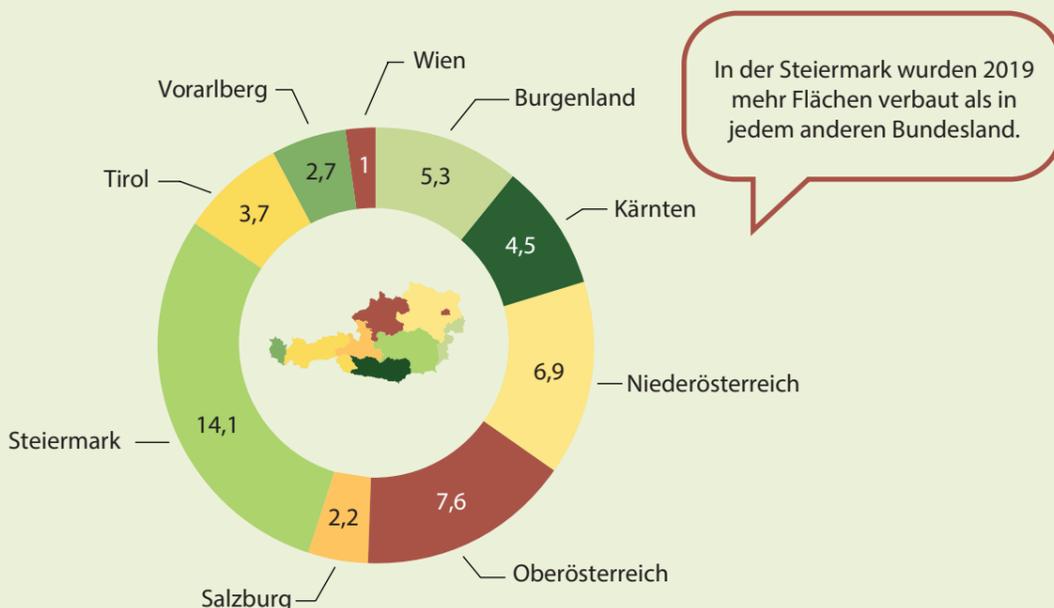
### BODENVERBRAUCH PRO TAG 2019



### BODENVERBRAUCH GESAMT IN ÖSTERREICH BIS 2019

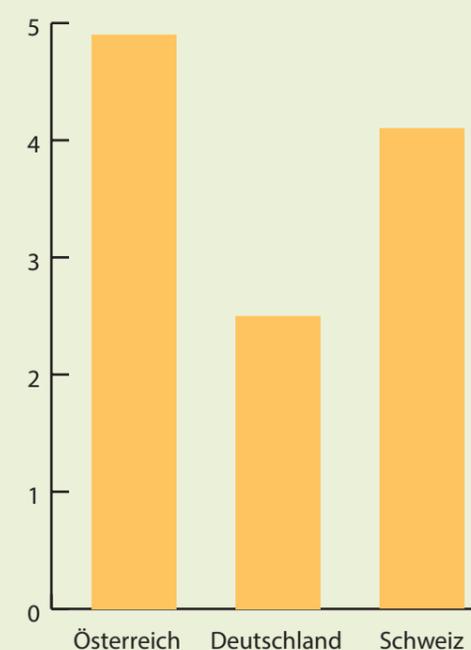


### ZUWACHS DER FLÄCHENINANSPRUCHNAHME DER BUNDESLÄNDER 2019 IN KM<sup>2</sup>



Quelle/Datengrundlage: Übersicht Bundesländer Flächeninanspruchnahme 2017-2019, Umweltbundesamt

### JÄHRLICHER BODENVERBRAUCH IM VERGLEICH IN M<sup>2</sup> PRO PERSON



Quelle: Umweltbundesamt; Datengrundlage aus dem Jahr 2019: Statistik Austria, DESTATIS (DE), Bundesamt für Statistik (CH), 2021

# DANN WÜRDEN SPEKULATION NICHT MEHR FUNKTIONIEREN

Bernhard Inninger (Leiter des Grazer Stadtplanungsamts) im Gespräch über öffentlichen und privaten Grund und Boden in Graz, steigende Bodenpreise und Handlungsspielräume.

*Wieviel Grund ist in Graz öffentlich, wieviel privat? Unter „öffentlich“ würden wir u.a. öffentliche Einrichtungen verstehen sowie Grundstücke, die im Eigentum von Stadt, Land oder Bund sind.*

Unter dieser Definition ist der öffentliche Anteil gar nicht so klein, da Graz eine Landeshauptstadt mit zentralen Einrichtungen ist. Wenn man z.B. Schulen, Gewässer, Parks, Plätze und Straßen dazunimmt ist das gar nicht so wenig. Es könnte auch interessant sein, sich in Bezug auf diese Frage einen anderen Bereich anzuschauen: das Bauland.

*Wer sind in Graz die Eigentümer\*innen mit dem größten Grundbesitz?*

Genau kann ich das leider nicht sagen, aber in dieser Liste ist sicher die BIG [Bundesimmobiliengesellschaft] vertreten. Auch wenn die Stadt im Vergleich zu anderen europäischen Städten weniger Grund besitzt, ist sie keine kleine Grundeigentümerin. Es liegt an den Freiflächen: Am Stadtrand sind viele Grün- und Waldflächen im Besitz der Stadt. Auf Seite der Privateigentümer\*innen kann ich einige nennen, die sicher unter den Top Ten sind: Manch gemeinnütziger Wohnbauträger, bspw. die ÖWG, hat in Graz viele Liegenschaften. Das Stift Admont ist – über verschiedene Töchter – auch ein nennenswerter Grundeigentümer.

*Wie hat sich in Graz das Verhältnis von öffentlichem und privatem Grund in den letzten Jahrzehnten geändert?*

In den letzten zehn Jahren gibt es wieder das Bemühen der Öffentlichkeit Flächen zu erwerben, weil z.B. Grünflächen oder Flächen für kommunalen Wohnbau gebraucht werden. In den 90ern wurden öffentliche Flächen verkauft, was rückblickend schwer verständlich erscheint. Man hatte damals freilich eine stagnierende Bevölkerungsentwicklung und hat sich von Flächen getrennt, die man aus heutiger Sicht gut gebrauchen könnte.

*Wie hat sich die Struktur der privaten Eigentümer\*innen geändert – gibt es heute mehr größere Investor\*innen?*

Wir bemerken eine derartige Verschiebung, aber es ist schwierig sie zu quantifizieren. Es gibt ein Phänomen, das es vor 20 Jahren nicht nennenswert gab: Nationale und internationale Immobilien- und Pensionsfonds suchen sichere Investitionen und kaufen daher auch in Graz Immobilien. Das hat sich fest etabliert und ist in ganz Mitteleuropa zu beobachten.

**Es gibt ein Phänomen, das es vor 20 Jahren nicht nennenswert gab: Nationale und internationale Immobilien- und Pensionsfonds suchen sichere Investitionen und kaufen daher auch in Graz Immobilien.**

Ich würde auch vermuten, dass der Anteil der Gesellschaften und Institutionen im Verhältnis zu natürlichen Personen in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist. Im Zentrum sind Häuser sehr häufig im Eigentum von Institutionen: Firmen, Banken,

Versicherungen, Fonds. Das ist im Neubaugebiet anders, wo es viele Privateigentümer\*innen gibt, im Sinn von natürlichen Personen.



Blick von der „Seifenfabrik“ auf die Wohnbebauung Kasernstraße  
(c) transparadiso

*Wie haben sich die Bodenpreise innerhalb der letzten Jahrzehnte verändert?*

Die Preise sind lange relativ moderat aber stetig gestiegen. In den letzten Jahren sind sie – und da spreche ich jetzt von wenigen Jahren – steil nach oben gegangen. Wir hatten lange Zeit moderate Quadratmeterpreise im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten. Die Zeiten sind vorbei, es ist jetzt eine extrem starke Aufwärtsentwicklung festzustellen. Natürlich schlägt das auch auf die Preise in Eigentum und Vermietung durch.

**Wir hatten lange Zeit moderate Quadratmeterpreise im Vergleich zu anderen Landeshauptstädten. Die Zeiten sind vorbei (...).**

*Wie könnte steuernd eingegriffen werden?*

Es wäre vermessen zu glauben, dass wir das als Gemeinde auch nur annähernd lösen könnten. Mit Mitteln der Raumordnung können wir dafür sorgen, dass für öffentliche Interessen Flächen verfügbar bleiben bzw. dass wir zu Grundstücken kommen. Damit diese große Dynamik wieder nachlässt, müsste eine Lösung auf Bundesebene gefunden werden.

*Wie kann öffentliches Interesse in der Raumplanung geltend gemacht werden?*

Wenn öffentliches Interesse gut argumentierbar ist, können wir durchaus drakonische Maßnahmen ergreifen, um zu Grundstücken zu kommen. Für kommunalen Wohnbau legen wir z.B. Vorbehaltsflächen in der Flächenwidmung fest. Es ist für einen Eigentümer ein massiver Eingriff, weil die Widmung jede andere Nutzung de facto verbietet. Im „4.0 Flächenwidmungsplan“ haben wir sehr viele Vorbehaltsflächen eingesetzt.

*Wirkt sich der Druck durch Investor\*innen auf die Flächenwidmung aus?*

Es gibt eine breit akzeptierte Strategie: Es wird von der Stadt kein neues Bauland ausgewiesen. Es gibt einen Fokus auf In-

nenentwicklung, um einer flächigen Ausdehnung des Siedlungsraums entgegenzuwirken.

Das ist für eine Gemeinde mit unserem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum bemerkenswert. Ich freue mich sehr, dass das gelungen ist und mitgetragen wird. Es ist der schwierige Weg. Es wäre für jede Politiker\*innengeneration verführerisch, bei Wünschen nach neuem Bauland „Ja“ zu sagen – binnen weniger Jahre hätte das ökologisch und finanziell katastrophale Auswirkungen.

Durch Fokus auf Innenentwicklung findet ein stetiger Umbau im bestehenden Siedlungsraum statt – das braucht sehr viel Kommunikation. Es werden Bereiche von Graz städtisch, die früher vorstädtisch geprägt waren. Das löst viel Kritik aus, weil die Veränderungen ein Ausmaß und Tempo haben, das sich viele Menschen nicht wünschen. Auf der anderen Seite gelingt es dadurch, die großen, grünen Freiflächen am Stadtrand vollständig zu erhalten. Es ist die richtige Strategie – im Hinblick auf Luftgüte, Bodenversiegelung und Verkehrsgeschehen.

**Durch Fokus auf Innenentwicklung findet ein stetiger Umbau im bestehenden Siedlungsraum statt – das braucht sehr viel Kommunikation. Es werden Bereiche von Graz städtisch, die früher vorstädtisch geprägt waren.**

*Wie wird auf die Problematik der Bodenversiegelung in Graz reagiert?*

Erstens, und das ist bei weitem das Wichtigste, gibt es keinen neuen Siedlungsraum. Innerhalb des Baulandes kommt es natürlich zu mehr Bebauung, die teilweise mit mehr versiegelter Fläche verbunden ist. Deswegen gibt es, und das ist die zweite Maßnahme, Vorschriften für die Durchgrünung des Baulandes. Viele davon sind inzwischen rechtsverbindlich, manche haben noch Empfehlungscharakter. Wir sind in jedem einzelnen Bauverfahren und Bebauungsplan tätig, damit es einen Mindestanteil an unversiegelter Grünfläche, Gründächer, oder Baumpflanzungen gibt.

*Gibt es Wege um Gstettn – also meist nicht gestaltete Restflächen – zu erhalten?*

Diese Flächen können wir nur sichern, wenn sie der Stadt selbst gehören. Die Holding und die Grünraumabteilung verständigen sich für manche Flächen auf eine naturnahe Gestaltung und ein extensives Pflegekonzept. Die informell mitgenutzten und ökologisch wertvollen Gstettn im Privatbesitz, die in allen Stadtteilen sukzessive verloren gehen, können wir nicht schützen.

*Welche, vielleicht utopischen, Maßnahmen wären gegen Bodenspekulation notwendig?*

Es bräuchte ein Verbot der Spekulation mit Immobilien. Seit einigen Jahren müssen Spekulationsgewinne versteuert werden. Man könnte das stringenter fassen, bis hin zur kategorischen Aussage: „Man darf nicht spekulieren.“ Wäre es gesetzlich jahrzehntelang verboten ein Grundstück teurer weiterzukaufen, dann würde Spekulation nicht mehr funktionieren. Luft, Wasser, aber auch Grund und Boden sind natürliche Ressourcen. Sie haben eine Sonderrolle und dürfen nicht behandelt werden wie jedes Konsumgut.

[Interview: Adina Camhy, Transkription: Carlotta Bonura, Adina Camhy]

## WALDFLÄCHEN UND ÖFFENTLICHE FREIZEITFLÄCHEN IN GRAZ

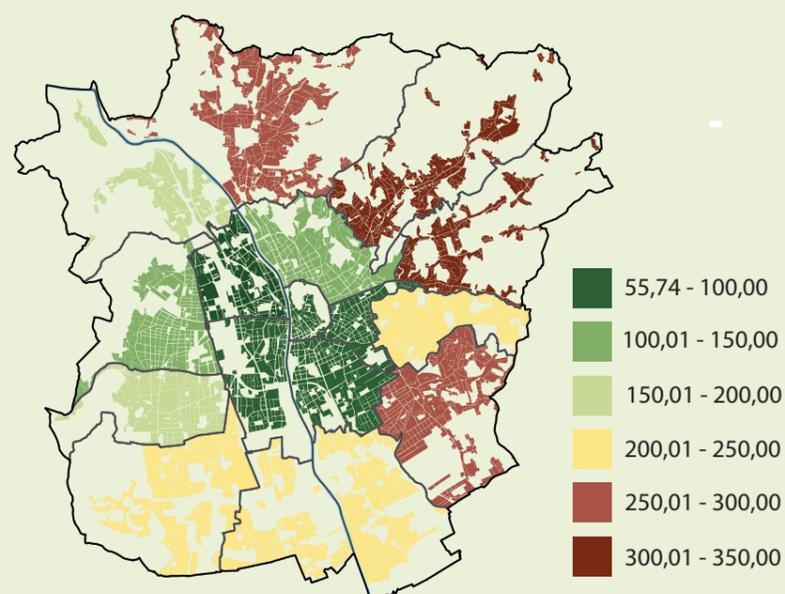
Waldflächen: ca. 3.175 ha

Öffentliche Sportplatzflächen: ca. 140 ha

Öffentliche Parkanlagen: ca. 140 ha

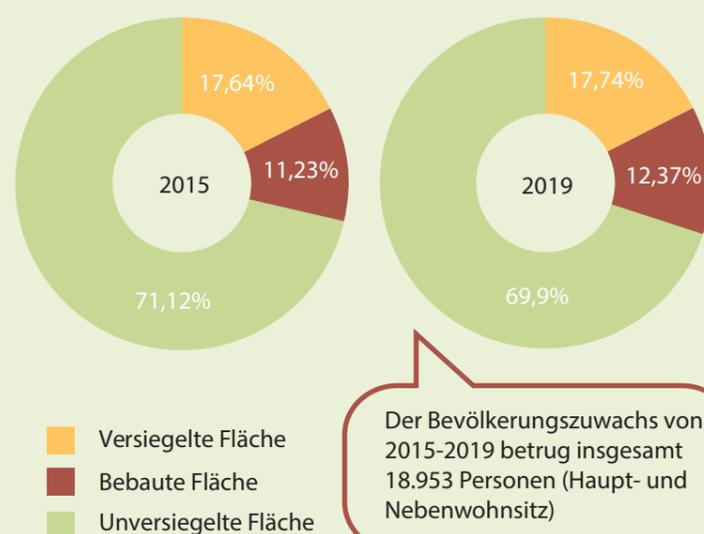
Öffentliche Spielplätze: ca. 22 ha

## WOHNBAULAND M<sup>2</sup> PRO EINWOHNER\*IN STAND 2020



Quelle: Umweltbundesamt, Alfred Hofstätter, 2020, Stadtplanungsamt Graz

## BEBAUUNG UND VERSIEGELUNG IN GRAZ 2015-2019



Quelle: Stadtplanungsamt; Gebäude 2019, Stand Luftbildauswertung 21.08.2020;

Anmerkung: Erst seit dem Jahr 2015 sind aufgrund der neuen Datenqualität in der Luftbildauswertung versiegelte Flächen analysierbar.

## BODENVERSIEGELUNG

Unter Bodenversiegelung wird die Abdeckung des Bodens mit einer wasserundurchlässigen Schicht verstanden. Der Boden wird dadurch auf seine Trägerfunktion reduziert und verliert seine natürlichen Funktionen. Als gänzlich versiegelt gelten Flächen, auf denen ein Gebäude errichtet wurde, aber auch unbebaute Flächen, wenn sie mit Beton, Asphalt oder Pflastersteinen befestigt wurden (Wege, Parkplätze, Einfahrten, Betriebsgelände etc.).

Quelle: Umweltbundesamt

# FUNDAMENTE EINER GERECHTEN STADT

Gabu Heindl (Architektin und Stadtplanerin in Wien), Bernhard Inninger (Leiter des Grazer Stadtplanungsamts) und Elke Kahr (KPÖ Stadträtin) im Gespräch mit Ana Jeinić und Adina Camhy (Grazotopia) über Grazer Bodenpolitik.

Dies ist eine stark gekürzte und in lesbare Form gebrachte Version des GrazTalks 3 zum Thema Boden, der im Juli 2020 als Online-Konferenz stattgefunden hat. Der gesamte Talk ist unter [www.lama.or.at/grazotopia-grazforschung](http://www.lama.or.at/grazotopia-grazforschung) nachzuhören.

*Was ist unter dem Begriff Bodenpolitik zu verstehen?*

Gabu Heindl: Bodenpolitik kann man als Politik zu Grund und Boden bezeichnen, es umfasst aber viel mehr, da es im Grunde an der Basis allen Wohnraums und allen öffentlichen Raums ansetzt – ohne Bodenpolitik brauchen wir nicht über leistbares Wohnen oder die Frage „Wem gehört der öffentliche Raum?“ zu sprechen.

Ich möchte zu Beginn Karl Marx zitieren, weil ich denke, dass das der richtige Einstieg ist: „Das Grundeigentum setzt das Monopol gewisser Personen voraus, über bestimmte Portionen des Erdkörpers als ausschließliche Sphären ihres Privatwillens mit Ausschluss aller anderen zu verfügen.“ Das stimmt heute allerdings nicht ganz so, weil gerade Bodenpolitik und Stadtplanung in diese Ausschließlichkeit der Verfügung einzugreifen versuchen.

**Ohne Bodenpolitik brauchen wir nicht über leistbares Wohnen oder die Frage „Wem gehört der öffentliche Raum?“ zu sprechen.**

Es stellt sich die Frage, inwiefern Gemeinwohl mit Bodeneigentum verknüpft ist und Eigentum verpflichtet. Es gibt für mich keinen Grund – zumindest nicht im städtischen Bereich – Boden zu monopolisieren. Boden ist ein Gemeingut, das aber zu einem Großteil in privater Hand ist. Einerseits hat das immer schon Stadtplanung und -gestaltung daran gehindert, größere, gemeinsam gedachte Konzepte zu verwirklichen. Andererseits bringt es auch Vorteile mit sich, glauben wir doch heute nicht mehr an einen „Masterplan“ im Sinne einer Top-down- und damit autoritären Planung. Die Aufteilung von Grundeigentum auf verschiedene Eigentümer\*innen sperrt sich genau dagegen.

Stellen wir das Grundeigentum infrage, gilt es zu beantworten, was die Alternative dazu wäre. Der Staat? Die Stadt? Was bedeutet „Kommune, kommunal, kollektiv“, „Commons“ oder „Allmende“? Wäre der Boden nicht mehr privates Eigentum, auf welche Form des kollektiven Verwaltens würden wir uns verständigen?

*Wie lässt sich durch Stadtplanung Bodenpolitik betreiben und bodenpolitisch relevante Maßnahmen erzielen?*

Bernhard Inninger: Im Stadtplanungsamt haben wir in jedem unserer Arbeitsbereiche mit dem Thema Boden zu tun. Stadtplanerische Entscheidungen obliegen dem Gemeinderat, der viele (z.T. entgegengesetzte) Interessen vertritt. Im Bereich der Bebauungsplanung geht es u.a. darum, öffentliche Interessen geltend zu machen. Auch hier treffen sehr unterschiedliche Interessengruppen aufeinander. Wir versuchen vermehrt nicht nur durch Bebauungspläne, sondern mithilfe von Verträgen öffentlichen Interessen nachzukommen.

Der öffentliche Raum, das sogenannte „öffentliche Gut“ soll

jedem\*r zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen – so steht es in mehreren Gesetzen.

**Der öffentliche Raum, das sogenannte „öffentliche Gut“ soll jedem\*r zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen – so steht es in mehreren Gesetzen.**

*Welche Steuerungsinstrumente hat die Stadt, um Boden für leistbare Wohnprojekte zu sichern?*

Elke Kahr: Die Entscheidung, wem Grund und Boden in einer Kommune gehören, war immer schon eine der wesentlichsten. Dort, wo die Stadt selbst im Besitz von Grundstücken war, kann man beim kommunalen Wohnbau sehen, dass die allgemein zugänglichen Freiflächen großzügiger gestaltet sind.

Doch der gemeindeeigene Grund und Boden wurde immer knapper. Der Anteil an kommunalem Wohnraum ist in Graz verhältnismäßig kleiner als der des privaten Eigentums. Damit geriet das politische Kräfteverhältnis in Bezug auf Planung und Gestaltung des öffentlichen Guts in eine Schieflage. Privatinteressen aufseiten der Wohnbauträger und Immobiliengesellschaften widersprechen oftmals den Wünschen und Bedürfnissen der Nutzer\*innen.

Es ist zu begrüßen, dass die Stadt einerseits wieder selbst leistbare Wohnungen errichtet und dass es andererseits gelungen ist Vorbehaltsflächen für den kommunalen Wohnbau zu sichern.

**Es ist zu begrüßen, dass die Stadt einerseits wieder selbst leistbare Wohnungen errichtet und dass es andererseits gelungen ist Vorbehaltsflächen für den kommunalen Wohnbau zu sichern.**

*Es gibt diese liberale Haltung, die hohe Bodenpreise mit dem Argument befürwortet, der freie Markt übernehme eine regulative Funktion, indem die hohen Preise eine Verlangsamung von Bebauungs- und Zersiedelungsprozessen bewirken. Was ließe sich diesem Argument entgegen?*

GH: Hier stellt sich eine grundsätzliche Frage: Wie gehen wir überhaupt mit dem Boden um? – insbesondere im Hinblick auf die Klimakrise. In Österreich werden täglich mehrere fußballfeldergröße Flächen versiegelt, was beweist, dass der freie Markt nichts reguliert. Egal, wem der Boden gehört, es muss sparsam mit Bebauung umgegangen werden!

Es ist zwar super, Vorbehaltsflächen zu haben und zu wissen, dass darauf tausende leistbare Wohnungen errichtet werden können, aber wo sind diese Wohnungen, diese Flächen? Es muss gelingen, viel mehr Flächen für sozialen Wohnbau in den „besten“ Grazer Stadtbezirken zu sichern!

Wir können von der Geschichte lernen: In Wien gab es vor dem Roten Wien nach dem Ersten Weltkrieg einen sehr guten Mieter\*innenschutz. Es war fast unmöglich, mit Wohnraum Profit zu erwirtschaften. Damals sind die Bodenpreise gesunken, denn private Investor\*innen wollten nicht mehr bauen, weil es unprofitabel geworden war. Heute würde eine (Stadt)Regierung auf eine solche Situation mit der Unterstützung der Privaten reagieren. Das Rote Wien hat daraufhin

aber selbst gebaut. Es wurde günstiger Boden angekauft und damit ein großer Pool an Grundflächen für sozialen Wohnbau verfügbar gemacht. Insofern finde ich es super, dass Graz wieder selbst baut!

Das Beispiel Rotes Wien, das weltweit gefeiert wird, ist ein gutes Argument gegen die marktliberale Position. In Städten, wo auf den privaten Markt gesetzt wurde, ist heute die Wohnsituation extrem brisant.

Grundsätzlich wäre ein Weg auch die radikale Beschränkung der Möglichkeit, mit der Bebauung von Boden (überhaupt) Profit zu machen.

*Was von dem Wiener Modell ließe sich auch in Graz anwenden? Welche Maßnahmen müssten auf Gemeinde- und welche auf Landesebene umgesetzt werden?*

GH: Die Landesebene ist ein wichtiges Stichwort! Es stellt sich die Frage, auf welcher Ebene bodenpolitische Maßnahmen angesiedelt sind. Zur Zeit des Roten Wien wurde Wien auch ein Bundesland und konnte die Raumordnung mitgestalten. Ich nehme an, dass Graz es in diesem Punkt viel schwerer hat, weil es sich als Stadt mit dem Bundesland abstimmen muss. Man müsste generell Boden für leistbares Wohnen als öffentliches Interesse ausweisen.



Reininghausgründe 2018 (c) Carlotta Bonura

*Welche Rolle spielen sogenannte Public-private-Partnership-Projekte in Graz?*

Bl: Public-private-Partnerships, wie sie international üblich sind, gibt es in Graz kaum. Was es schon seit 10-15 Jahren gibt, sind Verträge zwischen privaten Eigentümer\*innen und der Stadt, die deswegen eingesetzt werden, weil mit den klassischen Instrumenten nicht alle öffentlichen Interessen gesichert werden können. Bei den Reininghausgründen gab es z.B. zu Beginn einen großen Grundeigentümer, der mit der Stadt zusammen eine Entwicklungsvision erarbeitete. Es war klar, dass, wenn diese Vision Wirklichkeit werden soll, es zu einer massiven Wertsteigerung des Bodens kommen wird. Deswegen ist gleichzeitig mit der Flächenwidmungsplanänderung ein Vertrag geschlossen worden: Erstens ging ein Viertel der Fläche für einen symbolischen Euro an die Stadt – das sind all die Flächen, die für Parkanlagen usw. benötigt werden. Zweitens erklärt sich jede\*r, der dort um eine Baubewilligung ansucht, bereit, 30 Euro pro Quadratmeter (inzwischen sind es knapp 35 Euro) an die Stadt Graz zu überweisen – das ist ein Vielfaches der klassischen Bauabgabe. Auch das deckt bei weitem nicht alle Investitionen der öffentlichen Hand: von der Straßenbahn über die Schule bis zum Park. Aber es ist doch so, dass mehr als zwei

Drittel der Wertsteigerung wieder an die Stadt zurückfließen. Wir haben da eine besondere Rechtslage – das Eigentum ist verfassungsrechtlich geschützt, sodass Widmungsgewinne nicht abgeschöpft werden dürfen. Manche Dinge wie z.B. eine Straßenbahnerschließung sind aber einfach erforderlich und werden in bestimmten Fällen privat maßgeblich mitfinanziert.

*Frau Kahr, was halten Sie von den beiden großen Stadtentwicklungsprojekten Smart City Graz und Reininghausgründe?*

EK: Ich möchte zuerst auf die Frage von Frau Heindl eingehen betreffend der Vorbehaltsflächen in Graz: Ich fand es erfreulich, dass zwischen 2008 und 2016 auch in Stadtteilen Gemeindewohnungen errichtet wurden, wo es vorher keine gab, z.B. in Geidorf. Damit wurde in einer guten Qualität dauerhaft leistbares Wohnen für zukünftige Nutzer\*innen ermöglicht. Es gelang auch in den Bezirken Mariatrost und Waltendorf Vorbehaltsflächen zu sichern und Gemeindewohnungen zu errichten. Ich als Kommunistin trete für die Umverteilung zugunsten der Allgemeinheit ein! Das fängt bei Grund und Boden an und hört auch bei vielen anderen Fragen, die die öffentliche Daseinsvorsorge betreffen, nicht auf. Ich bin nicht für eine Vergesellschaftung von jedem Betrieb, aber ich bin davon überzeugt, dass jeder Mensch ein Dach über dem Kopf braucht, und dass es dafür einen großen Anteil an bezahlbarem und qualitativ gutem Wohnraum in öffentlicher Hand geben muss! Zu den beiden Grazer Großprojekten Smart City und Reininghausgründe, über die viel gesprochen wird: Es gibt auch Wohnprojekte in unserer Stadt, die ich für „geeigneter“ halte. Was wird in der Smart City geschaffen und für wen wird gebaut? Dieses neu errichtete (Groß)Stadtgebiet wird vor allem gut vermarktet. Smarter öffentlicher Verkehr, der an eine durchdachte Radinfrastruktur angeschlossen ist, machen einen guten Eindruck. Da wird sehr viel Geld in die Hand genommen, aber wenn wir konkret von der Smart City reden, fehlt es aus meiner Sicht an Bereichen, die von der Wohnbevölkerung – egal ob Kinder, Jugendliche oder Erwachsene – in Ihrem Sinn genutzt werden können. Es fehlen allgemeine Einrichtungen wie Parks oder Freigelände. Bei der Entstehung eines so großen Stadtviertels muss mehr Freiraum eingeplant werden. Zudem muss darauf geachtet werden, dass die dort mithilfe von Wohnbaufördermitteln errichteten Wohnungen dauerhaft günstig bleiben und die Bewohner\*innen nicht nach zwanzig Jahren mit Rückzahlungen zu rechnen haben. Im Falle der Reininghausgründe befürchte ich, dass genau das passieren wird.

*Wem gehört der öffentliche Raum, die Parkanlagen und Straßen in Graz? Wer entscheidet über die Nutzung dieser Räume?*

Bl: Flächen, die man als Stadtbewohner\*in als „öffentlich“ wahrnimmt, gehören fast allesamt der Stadt. Entweder sind sie öffentliches Gut oder sie sind sogenannter Privatbesitz der Stadt – das trifft auf die meisten Grünflächen zu.

Es gibt verschiedene Regelungen, wie man gestalterisch mit Wünschen nach kommerziellen Nutzungen im öffentlichen Raum umzugehen hat. Wenn beispielsweise ein\*e Gastronom\*in um die Bewilligung eines Gastgartens ansucht, gibt es Vorgaben. Was es meines Wissens bis dato nicht gibt, ist eine generelle Richtlinie die spezifische zu bewilligende Nutzung betreffend. Es ist nämlich zu beobachten, dass kommerzielle Nutzungsvorhaben einen gewissen „Startvorteil“ gegenüber privaten Initiativen ohne kommerzielle Nutzungsabsichten haben.

Durch die intensivere Nutzung des öffentlichen Raums, die an sich ein sehr erfreulicher Trend ist und zum Städtischen dazuge-

hört, ist eine Art Wettbewerb entstanden. Die Konkurrenz um den öffentlichen Raum ist intensiv, und die Konkurrenten sind ungleich.

Deswegen würde ich es begrüßen, wenn es einen politischen Diskurs darüber gäbe, ob man nicht gewisse Räume zu gewissen Zeiten von klassischen kommerziellen Nutzungen freihält. Das ist eine der zentralen Diskussionen für den öffentlichen Raum und das urbane Leben, die natürlich auch und vor allem im Gemeinderat geführt werden muss.

### Die Konkurrenz um den öffentlichen Raum ist intensiv, und die Konkurrenten sind ungleich.

EK: Nach einem sehr langen Prozess wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass es auch veranstaltungsfreie Zeiten geben muss. Der Andrang kommerzieller Veranstalter\*innen auf die Plätze in der Innenstadt ist besonders groß. Das halte ich für unerträglich! Im Rahmen einer Aktion sind Bewohner\*innen unserer Stadt aufgerufen Nachbarschafts- und Spielfeste zu veranstalten, die keiner kommerziellen Nutzung zugeführt werden!

Jede Initiative, die keine kommerziellen Interessen verfolgt, ist in jedem Fall zu bevorzugen gegenüber Veranstalter\*innen, die rein profitorientiert agieren.

Wer sind in Graz die größten privaten Grundeigentümer\*innen?

Bl: Was die Eigentumsverhältnisse betrifft, überwiegen in Graz vermutlich institutionelle Eigentümer\*innen. Auf Baulandflächen bezogen, ist die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) eine große Grundeigentümerin in Graz sowie einige Gesellschaften, die dem Bereich der Kirche zugeordnet werden können und gemeinnützige Wohnbauträger. Da gibt es auch einige wenige, die durchaus einen relevanten Anteil des Baulandes besitzen. Im Hinblick auf den Waldbesitz am Stadtrand beispielsweise ist die Stadt Graz hingegen selbst mittlerweile eine maßgebliche Eigentümerin.

GH: Ich würde die Kirche nicht als Privateigentümerin bezeichnen und auch die BIG als öffentliche Eigentümerin in die Pflicht nehmen. Ich denke wir müssen auch beginnen klarzustellen, wo es einen öffentlichen Anspruch darauf gibt, demokratisch mit zu diskutieren, wie die Flächen genutzt werden könnten.

Bl: Das stimmt natürlich, ich habe mich auf nichtstädtische Eigentümer bezogen. Wir versuchen auch in Verhandlungen mit anderen Gebietskörperschaften und der Kirche immer wieder zu betonen, dass eine Verantwortung für das Gemeinwohl nicht nur der Kommune obliegt.

### Es gibt einige Beispiele in Graz, wo eine öffentliche Gebietskörperschaft – z.B. der Bund – kein Interesse daran hatte, Flächen der Allgemeinheit weiter zu Verfügung zu stellen.

EK: Es gibt einige Beispiele in Graz, wo eine öffentliche Gebietskörperschaft – z.B. der Bund – kein Interesse daran hatte, Flächen der Allgemeinheit weiter zur Verfügung zu stellen. [vgl. Verhandlungen um die Grundstücke der ehemaligen Hummel- und Kirchenkaserne]. Es wurde sehr oft zugunsten der Privaten entschieden. Z.B. war die Kirche als Eigentümerin eines Grundstücks in der Berggasse nicht dazu bereit an die Stadt zu verkaufen, sondern entschied sich für einen privaten Investor, der mehr zahlen konnte. Heute befinden sich dort teure Eigentumswohnungen.

GH: Ich denke die Frage nach einer Bodenpreisdeckelung wäre noch einmal ein anderer Weg, um grundsätzlich die Bodenpolitik herauszufordern. Warum lässt man überhaupt Spekulationen in dieser Form zu? Mit der Bauordnungsnovelle wurde zuletzt in Wien ein Versuch gestartet: Jede Neu- und Umwidmung ab einer bestimmten Größe wird grundsätzlich auf sozialen Wohnbau gewidmet. Dadurch wird effektiv der Bodenpreis limitiert, weil sozialer Wohnbau an eine maximale Bodenpreishöhe gekoppelt ist, was letztlich einer Bodenpreisdeckelung entspricht.

### Wenn Häuser abgerissen werden, könnte man einen demokratischen Prozess darüber in Gang setzen, der nach dem Wert der Flächen für die Gesellschaft fragt.

Graz hat mit der Widmungskategorie „Vorbehaltsflächen“ etwas vorgezeichnet, das noch viel stärker umgesetzt und durchgedacht werden sollte. Wenn Häuser abgerissen werden, könnte man einen demokratischen Prozess darüber in Gang setzen, der nach dem Wert der Flächen für die Gesellschaft fragt.

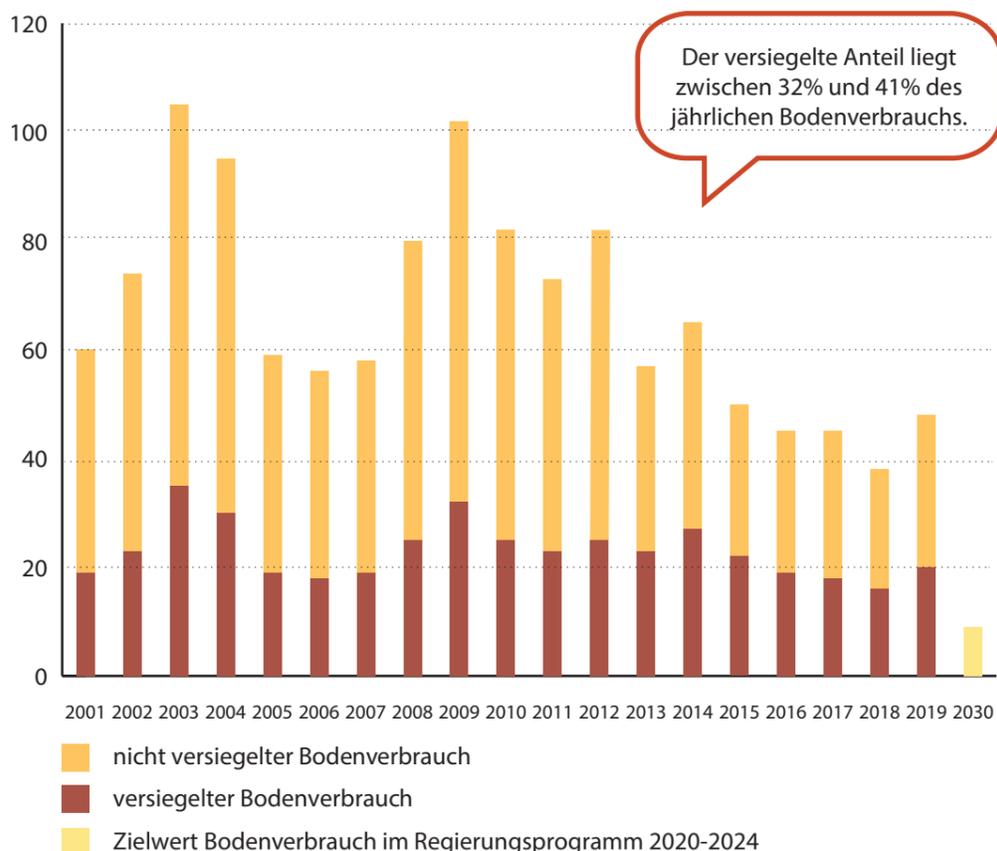
[Transkription: Carlotta Bonura, Adina Camhy, Bettina Landl]

### VERGLEICH BEVÖLKERUNGSWACHSTUM UND BODENVERBRAUCH IN ÖSTERREICH (2001-2018)



Quelle: Statistik Austria, Umweltbundesamt

### JÄHRLICHER ZUWACHS DES BODENVERBRAUCHS IN ÖSTERREICH IN KM<sup>2</sup>



Quelle: Umweltbundesamt

# WAS DIE HARDWARE DER STADT HERGIBT

Andreas Goritschnig (Architekt und Initiator des OPEN.LAB Reininghaus) über die Konzeption des Wünschenswerten, Quartiersentwicklung und die Chance leere Räume zu bespielen. Zum Zeitpunkt des Gesprächs verantwortete er das Stadtteilmanagement Reininghausgründe, das er als Auftrag seit Ende 2020 nicht mehr weiterverfolgt.

*Was hast du dir hier zur Aufgabe gemacht?*

Ich bin seit 2015 in Reininghaus aktiv. Seit Ende 2018 leite ich hier das offizielle Stadtteilmanagement.

Bei dem Stadtentwicklungsprojekt Reininghausgründe hat man sich ursprünglich an internationalen Standards orientiert und infolge städtebaulicher Vereinbarungen mit den Bauträgern kooperiert, die spezielle Qualitäten gewährleisten sollten. Auch im Rahmenplan von 2010 wurden viele dieser innovativen Ideen festgeschrieben. Eine davon war die Nutzung bestehender Räumlichkeiten und Freiflächen während des langen Entwicklungsprozesses. Solange Raum zugänglich ist, sollte dieser auch genutzt werden können!

Seit 2015 habe ich daher hier bereits, in Absprache mit den Eigentümern, schrittweise einen Ort des Zusammenwirkens initiiert: das OPEN.LAB Reininghaus. Seit Beginn arbeite ich mit einem interdisziplinären Team und mit unterschiedlichen Akteur\*innen zusammen. Durch großzügige Bestandsräumlichkeiten hatten wir die Möglichkeit, aktiv zu werden und Ideen umzusetzen bzw. zu erproben. Dabei entstanden eine Werkstatt, ein Garten, ein Ort des Austausches sowie Proberäume und Ateliers. Vielfältige Veranstaltungen fanden statt – von Theateraufführungen bis hin zu Ausstellungen und einem ersten Stadtteilst.

## **Solange Raum zugänglich ist, sollte dieser auch genutzt werden können!**

Wir haben sehr viel vorgefunden – von diversem Equipment bis hin zu Geschichten, die uns begegnet sind. Es ist ein sehr reichhaltiger Ort, dennoch: Um Willkürlichkeit zu vermeiden, war und ist eine Rahmung im Sinne einer Kontextualisierung unbedingt notwendig. Es war von Anfang an wichtig, die (Zwischen)Räume und Zwischenzeiten sinnvoll (Dialog, Wissensproduktion, Bewusstseinsbildung) zu nutzen und zu bespielen. Schlussendlich war die Aufgabe des OPEN.LAB Reininghaus wie auch anfangs die des Stadtteilmanagements, Raum in und für Stadt und ihre Bewohner\*innen zu schaffen und diesem unterschiedliche Nutzungen zuzuführen – im Sinne der Nutzer\*innen zum Wohle „aller“!

*Die Methode des Laborierens lässt sich im Hinblick auf Stadtentwicklung als (wirksames) Instrument einsetzen. Zum einen eignet es sich für künstlerische Interventionen, zum anderen fördert es auch offene sozialpolitische Prozesse.*

Ja, mit dem OPEN.LAB Reininghaus wurde ein Ort geschaffen, der im Kontext eines Stadtentwicklungsprozesses prototypisch erfolgreich funktioniert. Und es stellt sich die Frage, wie es möglich sein kann, dass man ein solches Potenzial nicht schon in eine Prozessgestaltung unserer Stadtentwicklungen mit einbezieht. Da Verantwortliche jedoch immer noch vorrangig der Meinung sind, dass Stadtentwicklung nur die Hardware betrifft, gibt es derlei Überlegungen betreffend Prozessgestaltung de facto bisher noch viel zu wenig.

Was aber aktuell für eine gelingende Entwicklung des Ortes wichtig ist, ist dessen zukünftigen Nutzer\*innen Wissen darüber zu vermitteln. Das passiert heute im Rahmen des Stadtteil-

managements u.a. in Form von Informationsveranstaltungen – vom Stadtteil.Forum bis hin zu Stadtteil.Spaziergängen. Wissen ist das Fundament, auf dem Zukünftiges aufbaut. All das kann und soll Raum für Begeisterung, Motivation und Beteiligung schaffen, für Teilhabe an der Entwicklung von Stadt.

*Was bedeutet für dich Bodenpolitik in diesem Zusammenhang?*

Während dieser „speziellen Zeit“, in der wir hier das OPEN.LAB betrieben haben, konzentrierten wir uns auf dieses In-Between, also das Dazwischen, in dem das Alte schon vergangen ist, aber das Neue noch nicht begonnen hat. Ich bin davon überzeugt, dass genau dieser Zwischenraum bei vielen Stadtentwicklungsprojekten entsteht und genutzt werden kann. Ganz oft geht es darum, sich diesen anzueignen, durch Gespräche mit den Eigentümern – dadurch ein gewisses Vertrauen aufzubauen, um in weiterer Folge „Neues“ sichtbar machen zu können. Das hier realisierte Konzept lässt sich, meiner Meinung nach, in modifizierter Form auch auf andere Stadtquartiere anwenden. Was wir hier versuchen, ist mittels bewährter Hands-on-Mentalität auf unbürokratische Weise zu agieren. Dabei wurde der Raum nutzbar gemacht, indem man gemeinsam Lösungen findet und diese auch gemeinsam umsetzt. Ziel ist es auch mit der Arbeit vor Ort sozial nachhaltig zu sein.

*Es gelingt dir, deine Erfahrung und Expertise zu teilen und mit deinem Engagement wertvolle (Vor)Arbeit zu leisten.*

Wichtig ist noch einmal zu betonen, dass eine Idee wie das OPEN.LAB Reininghaus gleichzeitig eine Methode darstellt und als solche auch auf (fast) jeden anderen Ort anwendbar ist! Das bedeutet (auch) – bei Interesse – sich aufzumachen und die Umgebung auszukundschaften. Wo gibt es entsprechende Orte, nutzbare Ressourcen (– für einen gewissen Zeitraum)? Dabei ist es wesentlich, sich darüber klar zu werden, was man umsetzen möchte, wie und (vielleicht) auch mit wem. Denn es besteht immer die Möglichkeit, Architektur und Stadt anders zu denken, Grund und Boden bzw. Raum anders zu betrachten – als Chance! Als Chance, Gemeinwohl zu steigern, indem man diesen beispielsweise gemeinsam und gemeinschaftlich nutzt.

[Interview und Transkription: Bettina Landl]



Reininghausgründe Stand Mai 2020 (c) Bettina Landl

# GRAZOTOPIA

Das im Rahmen von Graz Kulturjahr 2020 stattfindende Projekt Grazotopia stellt ein umfangreiches Experiment in der partizipativen utopischen Stadtplanung und Wohnpolitik dar, dessen Ziel es ist, eine Zusammenarbeit zwischen lokalen und internationalen Expert\*innen, Aktivist\*innen und Studierenden sowie allen interessierten Stadtbewohner\*innen zu ermöglichen. Der thematische Fokus des mehrstufigen Planungsexperiments liegt auf wachstumskritischen und solidarischen Wirtschaftsmodellen, cyber-sozialistischen Verwaltungskonzepten, mehr-als-menschlichen Wohngemeinschaften, alternativen Eigentumsformen, integrativen, egalitären und nachhaltigen Finanzierungsprogrammen, dezentralisierten gemeinschaftlichen Energienetzen sowie der Umnutzung von Blockchain- und anderen aufkommenden Technologien zu Zwecken der gerechten Ressourcenverteilung. Während in der ersten Projektphase (GrazForschung) die für den Planungsprozess relevanten Informationen systematisch gesammelt, geordnet und veröffentlicht werden, wird in der zweiten Projektphase ein intensives Bildungsprogramm zum Thema utopische Stadtplanung angeboten.

Mehr Informationen: [www.lama.or.at/grazotopia](http://www.lama.or.at/grazotopia)

## LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin

LAMA wurde 2019 von vier jungen Grazer Architekturstudierenden konzipiert und hinterfragt die Architekturdiziplin in Lehre, Praxis und ihrem gesellschaftlichen Stellenwert. Über neun Ausgaben hinweg werden Schritt für Schritt zukunftsorientierte Lösungsansätze für die Architektur formuliert. Dazu versammelt LAMA einen interdisziplinären Pool aus Expert\*innen und Laien, die diese Lösungsansätze gemeinsam ausarbeiten. Als finale Zielsetzung wird ein „Handbuch für eine gesellschaftsbildende Architekturkommunikation“ verfasst, das die bis dahin gewonnenen Erkenntnisse kompakt zusammenfasst.

LAMA 3|9 Architektursprache = Architekturbrache

Die dritte reguläre Ausgabe zum Thema Architekturdiskurs ist ab April 2021 im Online-Shop auf [www.lama.or.at/forum](http://www.lama.or.at/forum) erhältlich.

Kooperationsausgabe *Grazotopia: Energie/Boden* von *ausreißer* – Die Grazer Wandzeitung und LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin

Gastredaktion: Carlotta Bonura, Adina Camhy, Ana Jeinić und Bettina Landl (Grazotopia)  
*ausreißer*-Redaktion: Ulrike Freitag, Guido Satta (Graphik) und Evelyn Schalk

Interviewpartner\*innen der Sonderausgabe:  
Heimo Ecker-Eckhofen, Andreas Goritschnig, Gabu Heindl, Elke Kahr, Bernhard Inniger, Thomas Lampesberger, Hannes Linder, Johannes Mayer, Andrea Pavlovec-Meixner, Roland Seepacher, Michael Torner und Gerlind Weber

Für anregende Gespräche, hilfreiche Informationen und Fotomaterial bedanken sich die Gastredakteurinnen auch bei Susanne Bauer, Markus Bogensberger, Winfried Ganster, Anastasija Georgi, Martin Grabner, Stefan Herzog, Reni und Jogi Hofmüller, Judith Laister, Ute Pöllinger, Lena Prehal, Nicole Pruckermayr, Robert Schmied und den Akteur\*innender Kooperationsplattform Urbane Utopien (u.a. Markus Gönitzer, Thomas Höflehner, Barbara Holub, Andrea Jany, Brigitte Kukovetz, Heidi Pretterhofer, Heidrun Primas, Paul, Rajakovics und Michael Rieper)

Gestaltung der Sonderausgabe: Christina Blümel (LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin)  
Affizierung und Vertrieb: N.R., Lukas Hartleb

VERLEGER UND HERAUSGEBER:

*ausreißer* – Grazer Wandzeitung. Verein zur Förderung von Medienvielfalt und freier Berichterstattung in Kooperation mit Schauraum. Architekturmagazin und Kulturverein für Architektur (Herausgeber von LAMA | Das lösungsorientierte Architekturmagazin)



# ES GEHT WEITER!

## VERANSTALTUNGEN

### UtopieInkubator (Expert\*innenworkshop)

1.7. - 7.7. 2021, Forum Stadtpark

Ausgehend von den Ergebnissen der GrazForschung wird im UtopieInkubator ein Team aus fünf bis zehn lokalen und internationalen Expert\*innen und Aktivist\*innen, die im Bereich der solidarischen Wirtschaft, politischen Ökologie, partizipativen Stadtplanung und des spekulativen Designs tätig sind, eine erste utopische Skizze der künftigen Entwicklung von Graz erarbeiten. Die Besucher\*innen der daran anschließenden UtopieSchule und des UtopieLabors werden diesen Entwurf modifizieren und weiterentwickeln können.

### UtopieSchule (Seminar und Vorlesungsreihe)

8.7. - 14.7. 2021, Forum Stadtpark

Das Ziel der UtopieSchule ist es, lokale und internationale Studierende sowie alle interessierten Stadtbewohner\*innen mit grundlegenden Kenntnissen und Fähigkeiten auszustatten, die es ihnen ermöglichen sollen, ein systemisches und analytisches Verständnis von den bestehenden urbanen Strukturen und Prozessen zu entwickeln sowie utopische Zukunftsentwürfe zu erarbeiten.

### UtopieLabor (Workshop)

15.7. - 21.7. 2021, Forum Stadtpark

Die Besucher\*innen der UtopieSchule werden im darauffolgenden UtopieLabor unter Begleitung von einem internationalen Lehrteam ihre eigenen Zukunftsvisionen für die Stadt Graz entwickeln. Sowohl UtopieSchule als auch UtopieLabor werden in das Bildungsprogramm SpeculativeEdu integriert, um eine Teilnahme internationaler Studierender zu fördern und einen produktiven Austausch interner und externer Sichtweisen zu ermöglichen.

Mehr Informationen dazu finden Sie unter [www.lama.or.at/grazotopia-termin](http://www.lama.or.at/grazotopia-termin). Die kostenfreie Anmeldung zur UtopieSchule und dem UtopieLabor erfolgt per E-Mail an [grazotopia@lama.or.at](mailto:grazotopia@lama.or.at).

## KONTAKT:

Post: *ausreißer* - Grazer Wandzeitung, c/o Forum Stadtpark, Stadtpark 1, A-8010 Graz  
Telefon: +43 316/827734-26, +43 676/3009363  
Email: [ausreisser@mur.at](mailto:ausreisser@mur.at)  
Internet: <https://ausreisser.mur.at>  
Newsletter: <https://ausreisser.mur.at/newsletter>  
GRAZOTOPIA und LAMA  
Internet: [www.lama.or.at](http://www.lama.or.at)  
Email: [grazotopia@lama.or.at](mailto:grazotopia@lama.or.at)

Die Autor\*innen zeichnen für die Inhalte ihrer Beiträge selbst verantwortlich, die darin vertretenen Positionen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wider.

© Die Rechte verbleiben bei den Autor\*innen

Da der *ausreißer* auf Anzeigeschaltung verzichtet um tatsächlich unabhängig publizieren zu können, ist eure Unterstützung besonders wichtig:

IBAN: 1200 0500 9409 4554

BIC: BKAUATWW

Soli-Abos könnt ihr hier bestellen: <https://ausreisser.mur.at/support>

## STANDORTE:

Kunsthau Graz, Schlossbergplatz Graz, Geidorfkino, Forum Stadtpark, Passage Palais Trauttmansdorff, Pädagogische Hochschule Hasnerplatz, Fassade der Kirche St. Andrä,

Schaumbad – Freies Atelierhaus Graz, KiG! – Kultur in Graz, Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit, Jugendtreffpunkt Dietrichskeusch'n, Jugendzentrum Mureck, Theaterzentrum Deutschlandsberg

Der *ausreißer* ist als kostenlose Faltausgabe zum Mitnehmen sowohl an den oben genannten Standorten als auch bei zahlreichen weiteren Kunst-, Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie in Cafés etc. erhältlich!

THEMA DER NÄCHSTEN AUSGABE: Sondernummer: „wORTwechsel“



# GRAZOTOPIA